K 20079 F

Lebensschutz-Informationen
LSI



Stimme des Gewissens

Herausgeber: Weltbund zum Schutze des Lebens WSL-D und COLLEGIUM HUMANUM Akademie für Umwelt und Lebensschutz e.V.

30. Jahrgang Nr. 1 Januar / Februar 1999

„Die Mächte des Guten:
Als einer, der versucht, in seinem Denken und Empfindungen jugendlich zu bleiben, habe ich mit den Tatsachen und Erfahrungen gerungen. In dieser Zeit, wo Gewalttätigkeit - in Lüge gekleidet - so unheimlich wie noch nie auf dem Throne der Welt sitzt, bleibe ich dennoch überzeugt, daß Wahrheit, Liebe, Friedfertigkeit, Sanftmut und Gültigkeit die Gewalt ist, die über aller Gewalt ist. Ihnen wird die Welt gehören, wenn nur genug Menschen die Gedanken der Liebe, der Wahrheit, der Friedfertigkeit und der Sanftmut rein und stark und stetig genug denken und leben."

Albert Schweitzer (1875 - 1965)
– langjähriger Ehren-Präsident des WELTBUNDES ZUM SCHUTZE DES LEBENS –

Vor der Schwelle eines neuen Jahrtausends

Wenige Tage nach Herbstbeginn 1998 fiel eine lang erwartete Entscheidung durch die Bundesbürger, die unter dem Leitwort gestanden haben könnte: „Jetzt reicht's aber!" Beobachter der politischen Szene hatten mit dem Ergebnis schon lange gerechnet, wenn auch für manche die Klarheit der Wahl überraschend eindeutig ausfiel.

Es folgten Koalitionsverhandlungen, welche ebenso klar und erwartet auf einen kommenden Winter hinwiesen. Das wiederum war für wache Beobachter weniger überraschend.

Für uns Deutsche aber bleibt die Genugtuung, daß auf jeden Winter wieder ein Frühling folgt, ...und diesem sicher wieder ein Sommer.

Was aber lehrt uns die Natur noch?

Während im Frühling die Natur in Sprießen und Blühen ihr lebendigstes Wachstum zu erkennen gibt, sie im Sommer in oft geradezu verschwenderischer Weise ihre Früchte spendet und das Pflanzenreich dem Tier- und Menschenreich seine Kräfte dem Leben zur Verfügung stellt, zieht sich die Natur im Herbst im Wechsel zur Vorbereitung neuen Lebens in sich selbst zurück, um im Winter in einer innerlich äußerst aktiven Phase Kräfte zu sammeln für eine neue Lebensperiode.

Die Natur kann das alles nur leisten und hervorbringen aus dem Zusammenwirken mit den kosmischen Kräften im Wechsel zwischen Tag und Nacht, zwischen Sommer und Winter und den in verschiedenen Breitengraden unterschiedlichen Übergangszeiten. Da spielen vom Menschen unbeeinflußbare stärkste Kräfte mit, die dem beobachtenden Menschen zeigen können, daß seine eigenen Kräfte gegenüber denen der Natur und des Kosmos doch nur recht klein sind.

Nun hat aus Gründen der gewollten Entwicklung der Mensch die Freiheit der Entscheidung gewonnen. Er sollte jedoch vor jeder Tat die gegebene Situation mit Klugheit und Gewissensbefragung zu erkennen trachten und seine Verhaltensweisen und Taten danach einrichten. Was er durch Fehler an Schaden verursacht hat, sagt ihm früher oder später die Natur durch ihre Reaktion. Es kann heute so erscheinen, daß die Unwetterkatastrophen der letzten Zeit solche Anzeichen sind. Denken wir nur an die Vernichtung der Tropenwälder und die Ausweitung der Wüstenzonen.

Es gibt aber im Gegensatz dazu auch Taten, die, wenn sie aus Liebe geschehen und richtig überlegt sind, nur Gutes bewirken und dem „Täter" menschlich dienen.

Da im Gegensatz zu ideologischen Behauptungen die Menschen sehr unterschiedlich sind, sind die Verhaltensweisen der Menschen ebenso verschieden. Das ist so weise von der Natur eingerichtet, ohne die Möglichkeit menschlichen Einwirkens, damit die Vielfalt in der

Natur und in der Menschheit möglichst viele Varianten der Entwicklung ermöglicht. Welchen Sinn hätten sonst alle Bemühungen um Natur- und Artenschutz? Gehört dazu aber nicht auch der Überlebenskampf der Völker? Wie primitiv und einfältig müssen demgegenüber gewisse Menschen sein, die an das Klonen von Menschen denken. Oder ist ein solcher Gedanke ein Ausfluß maßlos egozentrischer Selbstüberschätzung? Zumindest beweisen solche Auswüchse aber ein Verkennen der Tatsache der Evolution, die keinen Stillstand kennt.

Schnelle Entwicklung heute zu beobachten.

Denken wir, um das zu verstehen, nur einmal an die schnelle Entwicklung der Dinge, die wir allein in unserem Leben beobachten konnten. Wenn wir dann auch noch an die Entwicklung der letzten Jahrhunderte denken, wie wir sie aus der wahren Geschichte kennen, so kommt alleine das schon sehr lebendig in unsere Beobachtung, was nur mit unserem deutschen Volk zusammenhängt. Und da gibt es Leute, die sich einbilden, es bliebe alles so, wie es im Augenblick aussieht. Es gibt aber auch solche, die glauben, nur zufrieden sein zu können, wenn alles was sie erhoffen, sich noch zu ihren Lebzeiten erfüllt.

Müssen wir gar traurig sein, wenn wir die Zeit nicht zurückdrehen können, wenn wir beobachten müssen, wie Moral und Sittlichkeit verfallen? In der „guten, alten Zeit", zu der heute auch „the Golden Twenties" hochgejubelt werden, war doch alles besser, hört man sagen. Ja, schon, damals waren wir noch jung und hatten Kraft, aber wohl nicht den mit heute vergleichbaren Ein- und Überblick. Ist nicht oft ein verklärter Rückblick auf eine verhältnismäßig kurze Phase unseres Lebens dabei, noch dazu subjektiv sehr unterschiedlich? Und war früher wirklich alles besser, wenn wir es mit unserem heutigen Wissens- und Bewußtseinsstand überprüfen?

Wenn wir die Dinge genauer betrachten, müssen wir doch zu dem Ergebnis kommen, daß alles im Fluß ist, die Betrachtungsergebnisse, teilweise für gewisse Gruppen oftmals ähnlich, aber doch im ganzen äußerst unterschiedlich.

Unser waches Erleben

Sehen wir uns also einmal unser eigenes Leben an, wie es sich uns darstellt. Wir heute älteren wuchsen auf in einer wirtschaftlich gar nicht angenehmen Zeit und haben die Not kennengelernt, wenn wir sie in unserer Jugend auch nicht so drückend empfanden wie sie unsere Eltern erleben mußten. Aus der Not heraus mußten unsere Eltern in bestimmter Richtung handeln nach ihrer damaligen Sicht. Heute gibt es Leute, welche die Reaktion der älteren Generation verurteilen. Wo bleibt da das Einfühlungsvermögen? Hinterher sind auch die Dummen gescheiter.

Als junge Menschen haben wir das Gefühl der Gemeinschaft kennengelernt. Das war für die meisten von uns beglückend. Aber waren es nicht die äußeren Umstände, welche unser Volk zu solcher Gemeinschaft zusammenschweißten? Oder waren es doch biologisch veranlagte Gemeinschaftsgefühle, die in der Geschichte erkennbar werden? Den Einfluß der gemeinsamen Kultur unseres Volkes sollte man bei solchen Überlegungen nicht übersehen. Vielleicht war es sogar eine unbewußte Notwendigkeit der Entwicklung, die nötig wurde, damit unser Volk die folgenden äußersten Belastungsproben bestehen konnte, damit Europa nicht vom Marxismus-Bolschewismus überrollt wurde, wie es geplant war.

Wir haben wohl als einzige Generation in der deutschen Geschichte bewußt erleben dürfen, daß fast unser ganzes Volk in den Grenzen eines großen Reiches, wenn auch nur kurze Zeit, leben durfte. Dieses Empfinden war im Mittelalter z.B. bei Walther von der Vogelweide anderer Art, damals vom Ritterstand, nicht aber vom ganzen Volk empfunden, weil das Empfindungsbewußtsein damals noch anders war. War vielleicht das System der staatlichen Grenzziehungen damals eine überholungsbedürftige Lösung? Denken wir dabei an die Versuche im heutigen Europa.

Und in dieser Zeit erlebten auch die meisten von uns das erhebende große Gefühl einer Völkergemeinschaft, die ihren besonderen Ausdruck in der Frontkameradschaft fand. Gemeinsame Not fördert gemeinsamen geistigen Fortschritt in zwischenmenschlichen Beziehungen. Das ist uns als Erlebniserbe geblieben, wenn auch für die uns Nachfolgenden kaum nachvollziehbar.

Nach dem Krieg folgte für uns der Druck von außen, den wir nur als Folge unsäglicher Hetze begreifen, nicht aber durch Schuldgefühle, wie sie uns und unserem Volk eingeredet werden sollten, nachempfinden konnten. Wir mußten begreifen, daß die willigen Helfer unserer Feinde zumindest über lange Zeit für ihre Beihilfe wirtschaftliche Vorteile in Anspruch nehmen konnten.

Um das alles zu verstehen, mußten wir durch eine harte Schule gehen. Wir wußten von den kommunistischen Bürgerkriegsplänen nach dem I. Weltkrieg. Viele der Alten erinnern sich noch der harten Auseinandersetzungen auf den Straßen und in Versammlungen in der Zeit bis 1933. Durch Aufklärung der Polizei war

AUS DEM INHALT **Seite**

bekannt, daß allein in Berlin die Kommunisten Waffenlager für zwei Divisionen für einen Bürgerkrieg bereithielten, sonst wäre das schnelle Zerschlagen dieser „Bereitstellung" im Frühjahr 1933 nicht möglich gewesen. Es waren keine freundlichen Maßnahmen, welche den Bürgerkrieg damals verhinderten. Das englische Vorbild des Burenkriegs und in Sowjet-Rußland übliche Einrichtungen waren keine deutschen Erfindungen.

Was bedeutet das für uns?

Wenn wir den Ablauf allen Geschehens um uns genau beobachten, so geschieht **nichts** ohne tieferen Sinn, auch wenn wir es selbst nicht gleich begreifen. So hat jede Krankheit ihre Bedeutung für unser Leben, meist begründet im Ablauf unseres Lebens vor Ausbruch der Krankheit. Jeder Unfall - auch jede Verwundung - war ein gewollter Fingerzeig für uns. Den frühen Tod so vieler junger Kameraden allerdings können wir nur einordnen, wenn wir die Wiederholung der Erdengänge in vielen Inkarnationen berücksichtigen, was aber zumeist der persönlichen Erfahrung entzogen ist. Solche Gedanken können versöhnend wirken, gehören zu alter menschlicher Weisheit und sind im Materialismus meist verschüttet worden. Sie sind allerdings heute durch Grenz- und Geisteswissenschaften, sowie durch empirische Forschung dem allein religiösen Bereich wieder entwachsen.

Die oben angesprochene Vielfalt in der Natur und damit auch der Menschheit weist uns auf die gegebene Entwicklung hin, die wir zu akzeptieren haben. Für uns bedeutet das, daß wir wacher und denkender durch's Leben gehen sollen, **gründlich** denkend, wie es der Sinn dieses typisch deutschen Wortes sagt. Wir sollen alles, was wir erleben als den für uns nötigen Teil des Lebens an- und hinnehmen. Wir können heute nicht, und konnten das auch früher nicht, unserem Schicksal entgehen, für das wir voll einzustehen haben, besonders soweit es auf unseren eigenen Entschlüssen beruht. Für Fehler, die wir persönlich gemacht haben, übernehmen wir selbst die Verantwortung. Wenn uns allerdings Lügen über angeblich begangene Taten angehängt werden, so sehen wir sie als feindselige Angriffe an, denen wir mit Klugheit nach unserer Erfahrung begegnen müssen.

So wie wir für uns in Anspruch nehmen, daß wir in den sieben und mehr Jahrzehnten, die wir durchlebten, aus Erfahrungen gelernt und uns entsprechend entwickelt haben, so wollen wir auch denen Entwicklung zugestehen, die lernbereit unsere Wege kreuzen. So wie wir in unserer Verteidigung lernten, daß jede Art von Kollektivurteil eine menschenunwürdige Denkungsweise ist, so lehnen wir auch anderen gegenüber unbegründete Kollektivurteile ab.

Aber es gibt noch eine wesentliche Gruppe von Tatsachen zu berücksichtigen, die zwar naturwissenschaftlich nicht beweisbar sind, weil die heute auf einen Teil von Möglichkeiten des Nachweises verzichtende Naturwissenschaft nur gelten läßt, was mit ihren eingeschränkten Methoden meßbar ist. - Sehr bedeutende Naturwissenschaftler, wie z.B. Max Plank, sind aber durch ihre äußerst intensive Arbeit in außerhalb des Meßbaren liegende Erkenntnisbereiche vorgedrungen und haben damit die Enge der nur materiellen Welt überwunden. - Geisteswissenschaftlich aber ist manches erkennbar, was uns bedroht, was man gerne ins Reich der Religion oder Spekulation abschiebt. Was in diesem Bereich zu sehen ist, sollte man nicht abtun, als ob es da nichts gäbe. Das kann genauso gefährlich sein, wie es im Krieg lebensgefährlich sein konnte, wenn man einen noch-nicht-erkannten Feind als nicht vorhanden annahm. Alte Spähtruppführer hatten dafür oft einen „Riecher", manche sogar „ein 2. Gesicht" und konnten damit immer wieder ihnen anvertraute Kameraden vor Tod und Verwundung bewahren.

In diesem Sinne gibt es auch heute Kräfte, über die nichts in den Medien berichtet wird, die aber dennoch wirksam sind.

Leicht verschwindet der Taten Spur
von der sonnenbeleuchteten Erde,
wie aus dem Antlitz die leichte Gebärde.

Aber nichts ist verloren und verschwunden,
was die geheimnisvoll waltenden Stunden
in den dunkel schaffenden Schoß aufnahmen.

Die Zeit ist eine blühende Flur,
ein großes Lebendiges ist die Natur,
und alles ist Frucht, und alles ist Samen.

Friedrich Schiller

Der Bundesverband Deutschland im Weltbund zum Schutze des Lebens gedenkt seiner im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder, Freunde und Förderer. Sie standen, oft seit vielen Jahren, mit uns im Kampf zum Schutze des Lebens gegen die Atomenergie und die Atomrüstung, gegen die Lüge in der Politik, für eine menschengerechte Medizin, Ernährung und Pädagogik und für einen naturgemäßen Landbau und einen naturgemäßen Waldbau.

Ilse Ossenkop, Holzminden
Mathilde Pook, Brilon
Heinz Endl, Haan
Ilse Trüstedt, Künzelsau
Helmut Wunderlich, Wuppertal
Paul Vaupel, Detmold
Arnulf Neumeier, Riederau
Brigitte Cornelius, Schorndorf
Dr. Wilhelm Jenssen, Eichenau
Fritz Nickel, Bad Harzburg
Erhard Hennig, Egelsbach
Lucie Kunze, Berlin
Hermann Marx, Helsa
Margarete Linze, Hann. Münden
Dr. Aug. Friedr. Moroni, Norderney
Dipl.-Ing. Georg Merckens, Ulm

Wir danken allen Verstorbenen für ihren langjährigen Einsatz zum Schutze unserer Mutter Erde und all' ihrer Geschöpfe. Den Angehörigen gilt unser Gruß und unser Mitgefühl in ihrer Trauer.

Ernst-Otto Cohrs
für das Präsidium und den Bundesvorstand des WSL-D.

Was ist zu tun?

Aus biologischen Gründen ist uns nicht mehr unbegrenzt Zeit gegeben. Die Zeitverhältnisse erlauben uns kein „beschauliches Altern". Aber das Alter hat auch für uns seine Aufgabe. Wir müssen sie erkennen. Wir haben in Jahrzehnten Erfahrungen gesammelt und sie, je nach Veranlagung, verarbeitet. Unsere Umwelt hat sich verändert und wir mußten lernen, damit zu leben.

Nach uns kommen unsere Kinder und Enkel, unsere Nachfolger unterschiedlichster Art. Auch sie sind Menschen, und wir wollen, daß sie gute Menschen sein sollen. Leider mußten wir erkennen, daß die Umwelt, in der sie aufwachsen mußten und müssen, nicht nur erfreuliche Umstände aufweist. Heute klagen viele Leute über die gewachsene Jugendkriminalität und vergessen darüber, daß sie selbst sie maßgeblich mit verursachten. Denken wir nur an die Liberalisierung, die antiautoritäre Erziehung, an Anspruchsdenken, Egoismus und die fehlerhafte Bewertung des Geldes. In die deutschen Wohnzimmer strahlen aus den Fernsehern gekonnt gemischt alle Arten von Kriminalität, Gewalt, Lügen über die Vergangenheit, Börsenkurse und Angebote von Gewinnen ohne Arbeit für ein „schöneres Leben". Die Überfütterung mit solchen Dingen stumpft ab. Das ist eine ganz natürliche Schutzvorrichtung für den Menschen. Ist es für die junge Menschen ein Abbrühen für das, was sie noch erwartet? Alleine, - was sich in unserem an Mischungen aller Art von Menschen, Kulturen oder Subkulturen, Umweltschäden, Überreizungen, Lügen über unsere völkische Vergangenheit und laufendem Abbau ethischer Werte zusammenbraut, scheint die neue kritische Haltung und eine gewisse Abstumpfung erforderlich zu machen. Sensible Kinder „sind nicht mehr gefragt".

Für uns und unsere Kinder können wir nur durch Schilderung der Wahrheit, wie wir sie erlebten und durch Erinnerung an die Werte, für die wir lebten, und durch unser Vorbild einen Teil Positives beitragen. Pflege des Gemeinschaftslebens in unserern gewachsenen Gemeinschaften, Hinwendungen mit guten Gedanken an unsere Gefallenen und Verstorbenen und systematische soziale Tätigkeit in noch möglichen Bereichen wirken sinnvoll dem allgemeinen Verfall entgegen, der so „interessant" raum- und zeitfüllend andauernd von den Medien geschildert wird, meist als Import aus dem Land der „unbegrenzten Unmöglichkeiten". Ob wohl die damit viel „Geld machenden" Großkapitalisten und ihre Kulis bedenken, daß auch ihr letztes Hemd kein Taschen hat? Vielleicht wissen sie auch noch nicht, was wir schmerzlich erfahren mußten, daß irdische Macht sehr vergänglich ist. Aber Spielernaturen gibt es seid eh und je auf allen Gebieten. Sie können nicht weiter denken als an den Augenblick. Wirkliche Menschheitsführer sind allerdings etwas anderes. Soweit uns heutige Kreaturen nicht direkt stören, wollen wir jetzt im Alter lieber darauf verzichten, sie zu beachten: sie sind es nicht wert. Menschenverachtung? Sind Menschen, die Kriege machen, daran verdienen und Menschen verderben, um damit Geld zu machen, wirklich Menschen im höheren Sinne? Auch sie müssen einstens für das gerade stehen, was sie taten! Verzichten wir dankend darauf, solchen ähnlich zu sein.

Wir können mit Recht ohne Scham auf unser Leben zurückblicken, das wir im steten inneren Anblick unserer Gefallenen und Verstorbenen gelebt haben. Seien wir dankbar für unser Leben und führen wir es in Würde.

Hermann Buch

Haltet Euch aufrecht in dunkelster Stunde,
stemmt fest die Füße in sickernden Sand.
Traget das Leid mit geschlossenem Munde,
Haltet Euch aufrecht und stets unverwandt.

Hütet das Feuer in allen Gefahren,
lasset es glühen trotz trostloser Nacht!
Gebt alle Kräfte, es hell zu bewahren,
hütet die Glut, bis der Morgen erwacht.

Wahret den Glauben an bessere Zeiten,
bewahret die Treue, den Willen zur Pflicht!
Ihr sollt der Zukunft den Weg neu bereiten,
wahret den Glauben an sieghaftes Licht!

Zum Jahreswechsel

In einer Sturmnacht

Es fährt der Wind gewaltig durch die Nacht,
In sein gelles Pfeifen bläst der Föhn.
Prophetisch kämpft am Himmel eine Schlacht
Und überschreitet ein wimmernd Sterbgestöhn.

Was jetzt dämonenhaft in Lüften zieht,
Eh' das Jahrhundert schließt, erfüllt's die Zeit –
In Sturmespausen klingt das Friedelied
Aus einer fernen, fernen Seligkeit.

Die Ampel, die in leichten Ketten hangt,
Hellt meiner Kammer weite Dämmerung.
Und wann die Decke bebt, die Deele bangt,
Bewegt sie leise sich in sachtem Schwung.

Mir redet diese Flamme wunderbar
Von einer windbewegten Ampel Licht,
Die einst geglommen für ein nächtlich Paar,
Ein greises und ein göttlich Angesicht.

Es sprach der Friedestifter, den du weißt,
In einer solchen wilden Nacht wie heut:
„Hörst, Nikodeme, du den Schöpfer Geist,
Der mächtig weht und seine Welt erneut?"

Conrad Ferdinand Meyer

Menschenrechte und Atomenergie

50 Jahre Menschenrechte - Ausstieg aus der Atomenergie. So klang es mit der neuen Regierung am Ende des Jahres 1998. Alle Umweltschützer hätten sich nun vorbehaltlos freuen müssen, stand doch „Atomenergie - nein danke" am Anfang der Ökologiebewegung. Ihre Nutzung - so die Umweltschützer - verstößt massiv gegen die Menschenrechte, insbesondere gegen das Grundrecht Art. 2: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit". Die Nutzung der Atomspaltenergie als militärisches Abschreckmittel und zu friedlichen Zwecken ist mit diesem Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit unvereinbar. Wird doch bereits im Atomgesetz zugegeben, daß, da es keine vollkommene menschliche Technik geben könne, auch ein größter anzunehmender Unfall (GAU) bei der Atomenergie nicht hundertprozentig auszuschließen sei. Was das bedeutet, haben die Menschen in der ehemaligen UdSSR erfahren.

Doch der Jubelruf der Atomgegner ist nirgendwo zu finden. Woran mag das liegen?

Zum einen dämpfen sicher die bestehenden westdeutschen 19 Atommeiler mit dem von ihnen bereits produzierten und nun vorhandenen Atommüll die Freude. Das Problem ihrer Beseitigung bleibt nach wie vor; und es ist nach wie vor ungelöst. Zum anderen stehen rings um unser Land herum, insbesonders bedrohlich in Frankreich und den früheren Ostblockstaaten, die Atommeiler, in der Regel nicht unter den gleichen hohen Sicherheitsauflagen gebaut und betrieben wie in unserem Land. Tschernobyl lebt immer noch bedrohlich in Erinnerung der Menschen.

Hier, wenn irgendwo, wäre eine europaweite Einigung zu wünschen, ja zu fordern. Was nutzt uns ein Euro, wenn in jedem Land hinsichtlich der Atomenergie unterschiedliche Auffassungen und wirtschaftliche Nutzungen bestehen? Das führt letztenendes nur dazu, daß die Umweltbewußteren wirtschaftlich den Kürzeren ziehen werden.

Es ist also kein Zufall, sondern es besteht ein innerer Zusammenhang zwischen Menschenrechten und der Nutzung der Atomenergie, der beide Themenbereiche am Ende des letzten Jahres ins Bewußtsein der Menschen rief. Wer die Menschenrechte wirklich ernstnimmt, für den kann es keine Atomenergienutzung geben. Es gibt sie dennoch! Schon dies ist **ein Beweis für das Auseinanderklaffen von Menschenrechten und Menschenwirklichkeit.**

Diese Grund- oder Freiheitsrechte sind mit wachsendem Selbstbewußtsein der Menschheit immer wieder angemeldet und gefordert worden. So zunächst bei der Begründung der Vereinigten Staaten als „Bill of Rights" (1789) in die Verfassung aufgenommen, bei denen es sich insbesondere um das Freiheitsrecht für Meinung, Presse, Religion und Versammlung handelt.

Die französischen Revolutionäre übernahmen im gleichen Jahr auf Anregung von Lafayette diese „Bill of Rights" in der Parole „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" in die Verfassung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dann von der UN bereits 1948 die Menschenrechtserklärung abgegeben, die davon ausgeht, daß „alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren sind". Im gleichen Jahr 1948, also drei Jahre nach Kriegsende, wurde durch Sir Winston Churchill die Europäische Bewegung (United Movement Europe) begründet. Sie hatte **ein** Ziel: die Vereinigten Staaten von Europa, die Schaffung einer europäischen Union, und basierte nicht zuletzt auf den Vorstellungen des Grafen Coudenhove-Kalergi, der in seinem bereits 1923 erschienenen Buch „Paneuropa" für ein vereinigtes Europa mit einer möglichst weitgehenden Rassenmischung plädiert hatte. Coudenhove-Kalergi war selbst Sohn einer Japanerin und eines österreichisch-ungarischen Vaters. Er gehörte zu den Ehrenpräsidenten der europäischen Bewegung. Der deutsche Rat der europäischen Bewegung ist bekannt unter Europaunion EU, und dieser Name ist ja dann weitgehend in unser Bewußtsein als Kennzeichnung für ein einiges Europa - worunter viele ein Europa der Vaterländer verstanden - eingegangen. Nach dem Brockhaus handelt es sich zunächst um „die deutsche Gruppe der Union europäischer Föderalisten; Mitglied des deutschen Rates der europäischen Bewegung; Präsident F. C. Freiherr von Oppenheim". So im Brockhaus von 1965 zu lesen.

Es darf also nicht verwechselt werden die Menschenrechtserklärung und ihre politische Interpretation und Anwendung in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts mit der Sehnsucht der Menschen nach Freiheit und Selbstbestimmung, wie sie seit der Reformation, insbesondere den europäischen Menschen, bestimmt hat.

Die Menschenrechtserklärung der UN und ihre Zugrundelegung für die Nachkriegspolitik steht für eine Vielzahl von unerträglichen Entwicklungen, nicht zuletzt für die multikulturelle Gesellschaft unter Einebnung aller volklicher und rassischer Sonderheiten, wie sie in den Köpfen vieler, insbesondere extrem linker Politiker gegenwärtig besteht.

Aber auch die „Bill of Rights" der Vereinigten Staaten hat den Indianern nicht geholfen und sie nicht vor brutaler Ausrottung bewahrt. Ihnen standen offenbar diese Freiheits- und Gleichheitsrechte nicht zu, und desgleichen wissen wir von der Französischen Revolution, daß ihre Parole **„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit"** bereits nach zwei Jahren verraten und im Blut bestimmter Bevölkerungsschichten erstickt wurde. Der Adel und die Besitzenden gehörten eben nicht zu den gleichen Menschen.

Für nachdenkliche Menschen stellt sich auch die Frage, ob sich die Würde des Menschen beanspruchen, fordern oder einklagen läßt. Was heißt es, wie im deutschen Grundgesetz zu lesen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar"? Ist diese Würde etwas, was mir nur von anderen zuerkannt wird, oder etwas, was ich im Laufe meines Lebens mühevoll ausbilden und erringen muß oder ist sie angeboren?

Wir werden aber bei diesem Gedenken an die Menschenrechte noch an ein anderes großes Schlagwort der Geschichte dieses Jahrhunderts erinnert. Zu Ende des Ersten Weltkrieges ertönte von Amerika die Parole **„Selbstbestimmungsrecht der Völker“**. Jedem Volk sollte die staatliche Souveränität nach eigenem Willen zugestanden werden. Dieses Selbstbestimmungsrecht der Völker setzt die Existenz von Völkern als ernstzunehmende Individualitäten voraus. Im Idealfall billigt es der Volksindividualität Selbstbestimmung zu. Doch auch hier muß festgestellt werden, daß ein hohes Ideal sofort in der politischen Anwendung in sein Gegenteil verkehrt wurde. Diese Parole wurde zunächst gezielt gegen die Habsburger Monarchie gerichtet, und diese damit zerschlagen. Als dann Volksgruppen, wie die Sudeten, auf dieses Selbstbestimmungsrecht pochten und ihre Zugehörigkeit zu Österreich mit überwältigender Mehrheit erklärten, wurde dem nicht Rechnung getragen. Und, wie wir alle wissen, warten die Kurden z.B. bis heute auf die Verwirklichung dieses allgemein zugestandenen Rechtes. Es entstand nach dem Ersten Weltkrieg ein viergeteiltes Kurdistan, und bis heute ist das so geblieben, trotz des leidenschaftlichen Einsatzes vieler Kurden für ihr Selbstbestimmungsrecht. Wahrscheinlich besitzen die Kurden in ihrem Gebiet „leider“ zuviel Erdöl, das andere ausbeuten wollen, während die Kurden in Armut in ihren kargen Bergen „viergeteilt“ leben müssen.

Dieses völlig undifferenzierte Selbstbestimmungsrecht blieb eine Phrase und wurde vornehmlich eingesetzt zur Zerstörung gewachsener Zusammenhänge.

Und was wird aus der Menschenrechtserklärung? Im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag wurde bedauert, daß nicht alle Staaten zu den Unterzeichnern gehören. China und einige islamische Staaten halten sie für ein Ergebnis westlichen, christlich-abendländischen Denkens, das mit ihrem Kulturkreis unvereinbar. Kann es ohne ein für alle verbindliches Menschenbild ein für alle geltendes Menschenrecht geben?

Friedrich Schiller rief einst den Künstlern zu: „Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben, bewahret sie.“ Bewahret sie, das richtet sich heute wohl an alle Menschen. Wie die Gegenwart lehrt, ist die Aufgabe immer noch uneingelöst trotz aller Feiern und schöner Erklärungen. Müssen wir warten, bis die Künstler Politiker und die Bürger Künstler geworden sind?

Ursula Haverbeck-Wetzel

Wort der 22. Landessynode der Ev.-luth. Landeskirche Hannover zur Verantwortbarkeit der Atomenergie

1. Gorleben ist zu einem Symbol für die Auseinandersetzung über die Verantwortbarkeit der Nutzung von Kernenergie geworden. Die Kapellengemeinde Gorleben sowie die Kirchenkreise Lüchow und Dannenberg sind stark von der Auseinandersetzung betroffen. Die Landessynode stellt angesichts des Streites um das Zwischenlager in Gorleben und die Castor-Transporte dorthin mit Sorge fest, daß es den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft bisher nicht gelungen ist, den Konflikt um die Entsorgung radioaktiver Abfälle gemeinschaftsverträglich zu lösen.

Es gilt, den inneren Frieden in der Region um Gorleben wiederzugewinnen und zur Bewahrung der politischen Kultur beizutragen. Die Landessynode nimmt die zahlreichen Äußerungen und Erklärungen verschiedenster kirchlicher Gremien in den zurückliegenden Jahren auf und wendet sich sowohl an die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft als auch an Kirchengemeinden, Kirchenkreise und kirchenleitende Organe.

In Fragen der zivilen Nutzung der Kernenergie und eines wirksamen Klimaschutzes hat sich in der evangelischen Kirche wie in der Gesellschaft ein Lernprozeß vollzogen. Von der ersten Veröffentlichung des „Club of Rome“ Anfang der 70er Jahre über Informations- und Diskussionsveranstaltungen bis zu Studien und Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland hat sich ein neues Denken herausgebildet. Die Energieversorgung hat sich zu einer Schlüsselfrage der „ökologischen Krise“ entwickelt, weil viele Gefährdungen der modernen Gesellschaft durch einen unvernünftigen Umgang mit Energie hervorgerufen werden.

2. Gott hat die Menschen beauftragt, an Erhalt und Gestaltung der Schöpfung mitzuwirken. Dazu hilft ihnen auch die Technik. Dabei ist es für Christen ein Gebot der Ehrfurcht und der Liebe, der Schöpfung keine irreparablen Schäden zuzufügen. Den nachfolgenden Generationen muß eine Welt überlassen werden, die auch ihnen ein lebenswertes Dasein ermöglicht.

Das Menschenbild evangelischer Christen ist durch die biblische Botschaft und die christlichen Bekenntnisse geprägt. Menschen sind fehlbar. Sie überschreiten ihre Grenzen und wollen „Gott gleich sein“. Das nennt die Bibel Sünde. Aus dieser Glaubenseinsicht heraus fordern Christen die Entwicklung technischer Systeme, die mit technischem oder menschlichem Versagen ohne katastrophale Folgen für die Schöpfung fertig werden.

Menschliche Technik kann nie so perfekt sein, daß es kein Unglück gibt. Dann aber müssen die Folgen wenigstens begrenzbar sein. Tschernobyl hat gezeigt, daß es Folgen gibt, die nicht verantwortbar sind.

Allerdings gibt es unterschiedliche Einschätzungen über das Ausmaß der Risiken bzw. darüber, welche Risiken noch hingenommen werden können. Um so wichtiger ist der offene Dialog über die Verantwortbarkeit der Kernenergienutzung.

Bis heute ist die Entsorgungsfrage nicht gelöst. Selbst nach 40 Jahren Kernenergienutzung gibt es kein ausreichendes Wissen darüber, ob und wie die Umwelt auf Jahrzehntausende vor den schädlichen Auswirkungen geschützt werden kann. Es gibt weltweit keinen Konsens über die Endlagerung atomarer Abfälle in Salzstöcken. Gorleben muß so lange als Standort für ein Zwischenlager und eine Konditionierungsanlage als

ungeeignet gelten, bis die Eignung seines Salzstockes als Endlager zweifelsfrei feststeht.

Weil die Folgen der Nutzung der Kernenergie unabsehbar und bis heute unbeherrschbar sind, darf sie nicht Grundlage für die künftige Energiepolitik sein. Ähnliches gilt für die Nutzung fossiler Brennstoffe wegen ihrer Folgen für die Atmosphäre(CO_2). Wir brauchen auf Dauer andere Energiequellen und eine rationelle Energienutzung.

3. Die Landessynode fordert deshalb alle Verantwortlichen zum Innehalten auf, um den bisherigen Weg zu überdenken. Ziel muß eine breite gesellschaftliche Übereinstimmung über eine neue Energiepolitik sein. Umweltschonende Energieformen sind stärker als bisher zu fördern.

Es bedarf verbindlicher politischer Absprachen zum Ausstieg aus der Kernenergienutzung und entsprechender rechtlicher Rahmenbedingungen. Dabei sind die Rechte der Betreiber bei vorzeitiger Stillegung zu berücksichtigen. Nötig ist auch ein Lastenausgleich für die Regionen, die durch Zwischen- und Endlager belastet werden.

Die Landessynode fordert das Aussetzen aller Transporte hochradioaktiver Abfälle nach Gorleben, bis die Entsorgungsfrage gelöst ist. Diese Aufgabe darf weder auf nachfolgende Generationen noch auf andere Länder verlagert werden.

Die Landessynode erinnert an die Agenda 21, also an die Maßstäbe einer nachhaltig umweltgerechten Entwicklung. Gefahren und unvertretbare Risiken für Mensch und Umwelt sind danach zu vermeiden.

Die Landessynode bittet das Landeskirchenamt, die Kirchenkreise und Kirchengemeinden sowie die Werke und Einrichtungen der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers verbindlich zur aktiven Energieeinsparung zu verpflichten.

Hannover, den 26. November 1997

V. Schmidt - Präsident der 22. Landessynode

Ein Wort zuvor!

In der letzten Ausgabe unserer „Stimme des Gewissens" des Jahres 1998 (29. Jahrgang, Nr. 6, November/Dezember 1998) auf den Seiten 8 - 13 hatten wir den staats- und völkerrechtlichen Status der Bundesrepublik Deutschland kritisch hinterfragenden Beitrag von Prof. E. Schlee zum Thema „Die BRD - Ein ‚Potemkinsches Dorf'?!" abgedruckt. Dieser manchen Lesern völlig neue Sichtweisen vermittelnde Beitrag, der, um es einmal „spitz" zu formulieren, die BRD als einen amerikanischen Goldclaim skizziert, der von einer Lagerleitung, die von einer Kommandantur jenseits des „großen Teiches" abhängig ist, lediglich auftragsgemäß verwaltet wird, in Wirklichkeit nur ein „potemkinsches Dorf" darstellt, in dem die Bürger „in des Kaisers neues Kleidern" einherstolzieren, dieser Beitrag soll nachfolgend, an einem konkreten Beispiel die tatsächliche Ohnmacht unseres Staates aufzeigend, fortgesetzt werden.

Prof. E. Schlee macht unter dem Titel „Der »Zwei-Plus-Vier-Vertrag« kann niemals einen Friedensvertrag ersetzen!" deutlich, warum dieser „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" eine „Mogelpackung" ist und mit der „BRD" überhaupt kein „Friedensvertrag" völkerrechtlicher Art abgeschlossen werden kann! Wenn man beide Beiträge im Zusammenhang verstehend liest, was der jetzige Abdruck ermöglichen soll, dann wird verständlicher, warum im Sinne des berühmten Dirigenten Günter Wand in diesem unserem Lande eigentlich „nichts stimmt"!

Ihre Redaktion

Professor Emil Schlee

Der „Zwei-Plus-Vier-Vertrag"
kann niemals einen Friedensvertrag ersetzen!

(1) Ständig Überraschungen für den Souverän

Bei der mit dem sogenannten „Zwei-plus-Vier-Vertrag" einhergehenden historisch-politischen äußerst schwierigen Staats- und Völkerrechtsproblematik im Zusammenhang mit dem „Deutschen Reich" und des seit 1945 noch ausstehenden, wenn auch ständig in Aussicht gestellten Friedensvertrages, der mit dem am 12. September 1990 sogenannten „Zwei-plus-Vier-Vertrag" wohl suggeriert werden soll, scheint es eingangs sinnvoll zu sein, festzustellen, daß „Demokratie" die „Herrschaft des Volkes" bedeutet. Jedoch, so läßt uns Prof. *H.H. von Arnim* wissen, „das Grundübel unserer Demokratie liegt darin, daß sie keine ist. Das Volk, der nominelle Herr und Souverän, hat in Wahrheit nichts zu sagen. Besonders kraß ist es auf Bundesebene entmündigt, obwohl gerade dort die wichtigsten politischen Entscheidungen fallen."(1) Er fügt hinzu: „Das Volk kann auch grundlegende Entscheidungen von nationalem Interesse, etwa über den Vertrag von Maastricht, nicht an sich ziehen", was auch für den sogenannten „Zwei-plus-Vier-Vertrag" gilt! Diese „umfassende Entmachtung des Volkes" geht auf den „Parlamentarischen Rat" zurück" (von Arnim).

Gemeint ist das vom Parlamentarischen Rat auf Weisung der Militärgouverneure der westlichen Besatzungszonen und auf der Grundlage der (drei) „Frankfurter Dokumente"(2) und anderer Vorlagen(3) in verhältnismäßig kurzer Zeit gefertigte „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland"(4). Man wollte bewußt ein „Grundgesetz" und damit in der kontrollierten Frühphase jede Endgültigkeit vermeiden, um sich in freiheitlicher Zeit eine eigene Verfassung geben zu können. Bedenklich für den Abschluß eines „Zwei-plus-Vier-Vertrages" ist, daß das deutsche Volk auch im Jahre 1999 nur das „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" und keine eigene „Verfassung" hat,

die doch, wären wir wirklich ein souveräner Staat, vom „deutschen Volk in freier Entscheidung" längst hätte beschlossen werden müssen (Art. 146 GG)! Vielleicht spricht man deswegen vom sogenannten „Zwei-plus-Vier-Vertrag", weil sich hinter diesem populistischen Titel die folgenschwere Bezeichnung verbirgt: „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland!"

So wie sich der Bundesbürger überrascht zeigt, wenn er erfährt, daß der Titel des Grundgesetzes nicht „Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland" lautet, sondern „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland", was heißt, daß sich nicht das Deutsche Volk dieses Grundgesetz gegeben hat, sondern andere Verantwortungsträger es „für die Bundesrepublik Deutschland" bestimmten, genehmigt am 12. Mai 1949 von den drei westlichen Hohen Kommissaren, und nur so lange gelten soll, bis „eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist!" (Art. 146 GG), was bekanntlich bisher nicht geschah(!), so überrascht diesen Bürger auch, daß er nach jahrzehntelanger „In-Aussicht-Stellung" eines Friedensvertrages zufällig erfährt, daß ihm seine Volksvertreter und Staatsdiener statt dessen schon am 12. September 1990 einen „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland" beschert haben, der nach allseitiger Ratifizierung durch die „Zwei-plus-Vier" (BRD - DDR - USA - GB - Fr. - Rußl.) am 15. März 1991 in Kraft trat! Und noch mehr überrascht ihn, daß Rußland auf dem ersten „Zwei-plus-Vier"-Beamtentreffen (Politische Direktoren) am 14. März 1990 in Bonn die Forderung stellt, daß zum Abschluß der jetzt beginnenden Verhandlungen ein Friedensvertrag für Deutschland stehen müsse, was alle übrigen Delegationen, auch die Bonner Delegation, ablehnten! Bei der nachfolgenden ersten „Zwei-plus-Vier"-Außenminister-Konferenz am 5. Mai 1990 in Bonn besteht dann Konsens darüber, keinen Friedensvertrag für Deutschland zu schließen![5]

Mit diesem Vertrag sollen die Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten abgelöst und die Bundesrepublik Deutschland ein souveräner Staat sein. Das konnte man schon im sogenannten „Deutschland-Vertrag" 1952/54 lesen. Der „Zwei-plus-Vier-Vertrag" mit seinen zehn Artikeln enthält zu wenig für einen Friedensvertrag, der doch alle offenen und ungeregelten Fragen, die im Zusammenhang mit einem Krieg entstanden, regeln soll. Und - wie bekundet - wollte man ja gar keinen Friedensvertrag! Bis auf Japan, das mit Rußland weiter verhandelt, sind mit kriegsbeteiligten Staaten Friedensverträge geschlossen worden. Warum eigentlich nicht mit Deutschland?

Parlamentarischer Rat im Überblick

1. September 1948:
In Bonn konstituiert sich der Parlamentarische Rat. Von seinen 65 Mitgliedern entsenden CDU/CSU und SPD jeweils 27, die FDP 5, das Zentrum, die Deutsche Partei und die KPD jeweils 2 Abgeordnete. Zum Präsidenten wird *Konrad Adenauer* (CDU) gewählt.

15./16. September 1948:
Nachdem sich die Fachausschüsse konstituiert haben, tritt der Hauptausschuß unter Vorsitz von *Carlo Schmidt* (SPD) zu seiner ersten Sitzung zusammen.

7. Januar 1949:
Der Hauptausschuß lehnt das von den westlichen Besatzungsmächten und den Benelux-Staaten vorgeschlagene „Ruhrstatut" zur Bildung einer internationalen Ruhrbehörde ab.

5. Mai 1949:
Der Parlamentarische Rat billigt das Grundgesetz mit 53 gegen 12 Stimmen. Die Nein-Stimmen kommen aus den Reihen der CSU, des Zentrums, der DP und der KPD. Die Bedenken richten sich unter anderem gegen die Finanzverwaltung.

10. Mai 1949:
In geheimer Abstimmung wählt der Parlamentarische Rat Bonn zur Bundeshauptstadt. Bonn erhält 33, Frankfurt am Main 29 Stimmen. Am 3. November 1949 bestätigt der Deutsche Bundestag den Beschluß des Parlamentarischen Rates.

12. Mai 1949:
Die Militärgouverneure der westlichen Alliierten *Clay* (USA), *Robertson* (Großbritannien) und *Koenig* (Frankreich) genehmigen das Grundgesetz. 23. Mai 1949:
Nachdem zehn von elf Landtagen (Einzige Ausnahme ist Bayern) das Grundgesetz ratifziert haben, kann es vom Präsidenten des Parlamentarischen Rates, *Konrad Adenauer,* verkündet werden und in Kraft treten.

Aus: „Das Parlament", Nr. 32-33, 21. Juli/7. August 1998, S. 3

(2) Der alliierte Sonderweg von Casablanca nach Moskau

Will man die Frage, warum es eigentlich noch keinen Friedensvertrag mit Deutschland gibt, unbefangen angehen, muß man die weltgeschichtlich dunkle Zeit partiell auszuleuchten versuchen. Heute „propagierte" Geschichte sieht nach mehr als fünfzigjähriger Forschung auch auf internationaler Ebene wirklich anders aus. Der mit zahlreichen Rechtsfragwürdigkeiten gepflasterte „alliierte Sonderweg" von der Casablanca-Konferenz *(Roosevelt/Churchill)* am 23. Januar 1943, auf der Roosevelt die unheilvolle „bedingungslose Kapitulations"-Idee für Deutschland einfiel, bis zur Moskauer „Zwei-plus-Vier"-Konferenz der Außenminister am 12. September 1990, auf der die Unterzeichnung des „Vertrages über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland" stattfand, veränderte in 47 Jahren rechtswidrig Bestand, Identität und Rahmenbedingungen auf der Kriegsverliererseite. Daher gibt es wohl Schwierigkeiten, noch eine vom gesamtdeutschen Souverän legitimierte Verhandlungs- und Vertragsdelegation des nicht untergegangenen, zur Zeit handlungsunfähigen, aber allein zuständigen Deutschen Reiches erstellen zu können. Wenn auch schlesische Landsleute aus dem Jahre 1945 in Erinnerung haben, daß die sowjetische Besatzungsmacht auf Plakaten an Litfaßsäulen mitteilte, daß man erst nach 50 Jahren an Friedensvertragsgespräche denken könnte, schließlich wurde am 14. März 1990 in Bonn von der russischen Delegation eine solche Forderung gestellt, die dann am Widerstand der Westdelegationen (einschließlich der BRD) scheiterte, so kommen bezüglich der Haltung der Westmächte in der Frage eines immer wieder in Aussicht gestellten Friedensvertrages mit Deutschland ganz erhebliche Zweifel auf![6] Betrachtet man rückblickend kritisch ab Casablanca alle Rechtsvorgänge in bezug auf Deutschland („Bedingungslose Kapitulation" der Wehrmacht; Verhaftung der Reichsregierung; „Machtübernahme" mit

der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945; GG mit ausländischen Vorlagen; „Staatsgründung" noch zur Zeit des „Kriegszustandes"; „Bundeswehr" auf dringenden Wunsch der Alliierten (West), „Einbindungen" in NATO, EG, UN, durch zahlreiche internationale Verträge; Eingehenmüssen auf hohe Zahlungsverpflichtungen; umstrittene Ostverträge; „Soldaten-sind-Mörder"-Urteil; Passivität in der Asylfrage; überraschende, unvorbereitete Vereinigung BRD-DDR unter internationaler Absicherung; immer noch ohne vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossene Verfassung, mit geltenden UN-Feindstaatenklauseln und ohne alle offenen Fragen klärenden Friedensvertrag bei Anwesenheit fremder Truppen im Land und weiteres mehr), gewahrt man zahlreiche politische und vertragliche „Mogelpackungen", anormale Abhängigkeiten und indirekte Kontrollen, so daß die vorhin erwähnten Zweifel eher genährt als abgebaut werden. Es stellt sich nach mehr als 50 Jahren des Aufbaus, des Leistens und der Bewährung sowie angesichts der überraschenden Vereinigung von BRD und DDR mit allen sozialistischen Erblasten bei gleichzeitiger Abschaffungsabsicht der bewährten DM und trotz unfertigen Zustandes als friedensvertragsloser Staat die bevorstehende Eilüberführung in die erweiterte Europäische Union die ernsthafte Frage, ob überhaupt jemals wirklich die politische Absicht bestand, dem deutschen Volk und Reich einen Freiheit garantierenden, Gerechtigkeit gewährenden, Souveränität stiftenden, Gleichberechtigung ermöglichenden und damit Zukunft sichernden Friedensvertrag zu geben.

Der „Zwei-plus-Vier"-Vertrag kann somit weder eine „abschließende Regelung in bezug auf Deutschland" sein und schon gar nicht einen Friedensvertrag mit Deutschland ersetzen! Es besteht nach wie vor ein Zustand zwischen dem Krieg von gestern und dem Frieden von morgen. Klare Verhältnisse wurden nicht geschaffen.

(3) Wo bleiben Wahrheit und Klarheit für Deutschland?

Für jeden nachdenkenden Staatsbürger bleibt es ein von anderen kaum bemerkter Ausnahmezustand, daß dem deutschen Volk seit mehr als 50 Jahren der Friedensvertrag als völkerrechtlich klare Beendigung des Kriegszustandes vorenthalten wird. Wirklich stichhaltige Begründungen gibt es nicht.

Als ein Staatsbürger am 30. Dezember 1996 in der Sache beim Auswärtigen Amt nachfragte, bekam er am 8. Januar 1997 zur Antwort: „Mit Inkrafttreten des Vertrages vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland am 15. März 1991 hat sich eine friedensvertragliche Regelung, wie sie noch 1972 erwartet wurde, erübrigt. In diesem Vertrag heißt es, daß die Außengrenzen des vereinten Deutschlands die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sein werden und daß sie am Tag des Inkrafttretens des Vertrags endgültig sein werden".

Ein anderer Staatsbürger fragte am 10. Januar 1997 bei der Deutschen Ausgleichsbank über das „Vermögen der Provinz Ostpreußen" nach und erhielt am 14. Januar 1997 von dieser Anstalt des öffentlichen Rechts zur Antwort, daß sie „treuhänderisch im Auftrage des Bundes Vermögen für den Provinzialverband Ostpreußen verwalten. Dieses Vermögen und die daraus fließenden Erträge sind nicht disponibel, sondern nach der Gesetzesbestimmung in ihrem Bestand zu erhalten bis zu einer friedensvertraglichen Regelung. Dieses Amt wußte wohl 1997 nicht, daß es diese Regelung laut Auswärtigem Amt vom Januar 1997 schon seit Inkrafttreten des „Zwei-plus-Vier"-Vertrages am 15. März 1991 längst geben soll! Nimmt man die Brockhaus-Enzyklopädie (Bd. 24; 1994, hrsg., S. 651) zur Hand und liest beim Stichwort „Zwei-plus-Vier"-Vertrag im letzten Absatz: „Der Vertrag ist kein Friedensvertrag im herkömmlichen Sinn. Sofern aber ältere Verträge an den Abschluß eines Friedensvertrages Rechtsfolgen knüpfen, ist der Z-p-V-Vertrag als solcher anzusehen"!

Danach also ist er je nach Fall mal kein herkömmlicher Friedensvertrag und mal ein echter Friedensvertrag! In der Zeitung „Die Welt" vom 2. Mai 1995 liest man auf S. 8 in einem Beitrag den kleinen Absatz: „Auf Klagen ehemaliger Zwangsarbeiter beschäftigt sich derzeit das Bundesverfassungsgericht damit, ob der „Zwei-plus-Vier"-Vertrag der beiden deutschen Staaten mit den vier Siegermächten einem Friedensvertrag entspricht"! So klar scheint es also nicht zu sein. Die entscheidende Frage aber ist noch gar nicht gestellt: Ist die Bundesregierung überhaupt berechtigt, einen Vertrag über Deutschland als Ganzes mit endgültigen Regelungen abzuschließen, zumal das deutsche Volk als eigentlicher Souverän und Betroffener in keiner Weise beteiligt war? Kann sie auf Gebiete verzichten, die sie niemals in Besitz hatte? Da bekanntlich das Deutsche Reich laut Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 sowie mehreren Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts nicht untergegangen ist, kann die Bundesrepublik Deutschland auch nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches sein. Die Bundesrepublik Deutschland ist nur teilidentisch mit dem Deutschen Reich und kann daher weder über die deutschen Ostgebiete verfügen noch auf sie verzichten. Sie würde auch gegen Völkerrecht verstoßen, wenn sie die im deutschen Osten vorgenommenen Annexionen anerkennen wollte, und würde zugleich grundgesetzwidrig handeln, da laut Art. 25 GG die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Bestandteil des Bundesrechts sind und diesem vorgehen. Daher ist zu beachten, daß die Vereinigung durch den Einigungsvertrag vom 6. September 1990 sowie der „Zwei-plus-Vier-Vertrag Vorgänge waren, die auch hinsichtlich der Unterzeichnung ausdrücklich nur für West- und Mitteldeutschland stattfanden. Die vorgenannten Rechtsprobleme tangieren auch die Wiener Vertragsrechtskonvention bei Nichtbeachtung des allgemeinen Rechts bei internationalen Verträgen im Sinne von Art. 53 (Nichtigkeit). Jede zukünftige Bundesregierung kann bei erfolgten Vertragsverstößen und Völkerrechtswidrigkeiten zu jeder Zeit deutsche Rechtsansprüche geltend machen.[7])

(4) Es geht um Frieden und Gerechtigkeit fur Deutschland

Aus der Fülle der fragwürdigen Rechtskonstruktionen in bezug auf Deutschland sei noch kurz das Problem der verharmlosten Gültigkeit der „Feindstaatenklauseln" (Art. 53 und 107) der UN-Charta erwähnt. Bei

einer diesbezüglichen Anfrage eines Staatsbürgers an das Auswärtige Amt Ende Juni und Ende Juli 1994 antwortete dasselbe schon fast stereotyp: „Die sogenannten Feindstaatenklauseln der UN-Charta (Art. 53 und 107) sind nach Auffassung der Bundesregierung bereits mit dem Beitritt der beiden deutschen Staaten zu den Vereinten Nationen im Jahr 1973 gegenstandslos geworden". Man braucht nur in den 7. Band der schon erwähnten Brockhaus-Enzyklopädie (S. 167; 1988) zu sehen, dann weiß man, daß es sich um eine falsche „Auffassung" handelt, die die tatsächliche Lage nur verharmlosen sollte. Es heißt dort: „... gänzlich hinfällig geworden ist sie jedoch nicht, da die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte nicht unter Berufung auf die UN-Charta in Frage gestellt werden können. Vor dem Beitritt der beiden deutschen Staaten haben die Vier Mächte in einer gemeinsamen Erklärung (am 9. November 1972!) klargemacht, daß dadurch ihre Rechte und Verantwortlichkeiten nicht berührt seien"! Die Nachfrage eines Staatsbürgers am 2. Februar 1981 beim UN-Sekretariat ergab in der Antwort am 1. April 1981 die klare Aussage: „Art. 107 der Satzung wurde zwar als Übergangsbestimmung angesehen, jedoch konnte man sich bereits bei den Beratungen zum Satzungsentwurf nicht auf eine bestimmte Geltungsdauer der Vorschrift einigen. Im Zuge der Bemühungen um eine Revision der Satzung hat es Initiativen zur Streichung von Art. 107 gegeben. Erfolg war diesen Initiativen jedoch nicht beschieden. Es trifft daher zu, daß Art. 107 der Satzung weiterhin Gültigkeit besitzt"! Und so auch heute noch!

Die Tatsache, daß alle Vier Mächte ihre schon von Schönrednern als „obsolet" bezeichneten Vier-Mächte-Rechte bei den „Zwei-plus-Vier"-Verhandlungen als selbstverständliche Mitwirkungsrechte betonten, sollte man entsprechend zur Kenntnis nehmen![8] In der Entwicklung des Rechts galten Menschenrechte stets als Freiheitsrechte! Friedensordnungen waren und sind auch stets Rechtsordnungen. Heute ist unübersehbar, daß auch in unserem Volke ein bedauerlicher Mangel an Rechtsbewußtsein entstanden ist. Selbst in Urteilen ist das erkennbar. Dabei ist das Recht ein legales Mittel zur Durchsetzung von Politik und darf nicht als „Formelkram" verkannt werden und verkommen![9]

Als *Roosevelt* am 24. Januar 1943 auf der Konferenz von Casablanca bekanntgab, sein Kriegsziel sei die „bedingungslose Kapitulation" der Achsenmächte, prägte er eine Formel, die nicht der Haager Landkriegsordnung von 1907 entsprach, aber der Denkweise eines *Dschingis Khans.* Die Haager Landkriegsordnung sieht für den Extremfall einer Kapitulation verpflichtend vor: „Kapitulationen sollen den Forderungen der militärischen Ehre Rechnung tragen"! Die Siegermächte hielten sich nicht an dieses Gebot, sie boten „Dschingis Kahn"! Da sie sich bewußt wurden, daß keine deutsche Regierung die bedingungslose Kapitulation Deutschlands unterzeichnen würde, ließen sie kurzerhand nur eine „Urkunde über die militärische Kapitulation" unterzeichnen, um die Wehrmacht entwaffnen zu können, dann wurde ohne Skrupel die Reichsregierung verhaftet und mit der „Berliner Erklärung" vom 5. Juni 1945 in Selbstermächtigung die Macht in Deutschland übernommen. Die „Berliner Erklärung" war eine leicht veränderte Fassung der

Londoner Konferenzen und Vereinbarungen, versch. Konferenzen, die in London stattfanden, Protokolle, die in London unterzeichnet und Verträge, die dort abgeschlossen wurden:

- **Londoner Viermächtekonferenz** (26. Juni bis 8. August 1945) zw. Frankreich, Großbritannien, UdSSR und USA; schuf mit dem Londoner Abkommen vom 8. August 1945 das Statut des Internat. Militärgerichtshofs und damit die Grundlage für die Kriegsverbrecherprozesse in Nürnberg.
- **Londoner Sechsmächtekonferenz** (23. Februar bis 5. März 1948) zw. Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, Niederlande und den USA; einigte sich auf eine gemeinsame Ordnung für die westlichen Besatzungszonen Dtl.s und verabschiedete die **Londoner Empfehlungen,** die am 7.Juni veröffentlicht und deren Inhalt in die **Frankfurter Dokumente** (1. Juli) übernommen wurden. Diese ermächtigten die MinPräs. der dt. Länder, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen.
- **Londoner Schuldenkonferenz** (28. Februar bis 8. August 1952), Verhandlungen der BRD u.a. mit Belgien, Ceylon (heute Sri Lanka), Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Jugoslawien, Kanada, Liechtenstein, Luxemburg, Norwegen, Pakistan, Schweden, Schweiz, Spanien, der Südafrikanischen Union und den USA über die dt. Auslandsschulden; führte zum Londoner Schuldenabkommen.
- **Londoner Schuldenabkommen,** das am 27. Februar 1953 in London abgeschlossene Abkommen über die dt. Auslandsschulden. Es enthält multilaterale Vereinbarungen über die dt. Kriegsschulden bzw. der BRD (als Rechtsnachfolgerin des Dt. Reiches) und den USA, Großbritannien, Frankreich, der Schweiz u.a.; die bis 1956 beigetretenen Staaten vertraten mehr als 90% der Forderungen. Über die Nachkriegswirtschaftshilfe wurden zw. den Gläubigerländern (USA, Großbritannien, Frankreich und Dänemark) und der BRD zweiseitige Rückzahlungsverträge abgeschlossen. Die Vorkriegsschulden hatten den Gegenwert von 13,5 Mrd DM (Goldbasis); davon wurden 6,2 Mrd DM erlassen. Ebenso wurden die Nachkriegsverpflichtungen im Gegenwert von 16 Mrd DM auf 7 Mrd DM gekürzt. Diese reduzierten Beiträge bilden die Basis für die Berechnung der jährlichen Tilgung und Zinszahlung. Die Zinszahlungen (jährlich 567 Mio. DM) wurden am 1. April 1958 wieder aufgenommen. Die Fälligkeitstermine der Anleihen wurden z.T. bis 1994 hinausgeschoben. Die vom Bund zu bedienenden Auslandsanleihen des Dt. Reiches (Dawes-Anleihe, Young-Anleihe, Krueger-Anleihe) entsprechen rd. 25% der dt. Vorkriegsschulden. Weiterhin behandelte das Abkommen private Anleihen, Stillhalteschulden sowie Forderungen aus dem Waren-, Dienstleistungs- und privaten Kapitalverkehr. Das L.S. förderte die Wiederherstellung der internationalen Kreditwürdigkeit der BRD, schuf die Voraussetzungen für die Aufnahme von Verhandlungen über die Freigabe des dt. Auslandsvermögens und war unabhängig von der etwa gleichzeitig mit Israel getroffenen Vereinbarung über eine Gesamtleistung der BRD von 3,5 Mrd. DM in Sachlieferungen. Die Verpflichtungen aus dem L.S. sind durch vorzeitige Schuldentilgung im wesentlichen seit 1980 erfüllt (sie betrugen 1997 auch noch 10,2 Mio. DM. Völkerrechtl. fragwürdig, ob BRD tats. Rechtsnachf. d. „Dt. Reiches" ist. D. Verfasser)
- **Londoner Neunmächtekonferenz** (28. September bis 3. Oktober 1954). Belgien, BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, USA beschlossen die **Londoner Akte,** die nach dem Scheitern des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft den Rahmen bes. für den Aufbau von Streitkräften der BRD und ihren Einbau in das westl. Verteidigungssystem neu festlegte.
- **Londoner Akte, Londoner Schlußakte,** die Vereinbarungen der Londoner Neunmächtekonferenz von 1954 regelt die Beteiligung der BRD und Italiens am Brüsseler Pakt (später Westeuropäische Union) und empfiehlt die Aufnahme der BRD in die NATO. Die BRD verzichtete u.a. auf die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen oder ferngelenkter Geschosse; sie gestaltet ihre Politik in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der UNO und enthält sich aller Maßnahmen, die dem defensiven Charakter des Brüsseler Paktes und der NATO widersprechen. Das Besatzungsregime in der BRD sollte beendet und deren Souveränität anerkannt werden; ihre Regierung gilt als allein legitimierte Sprecherin ganz Deutschlands.

(Auszug aus: Brockhaus Enz. 19. Aufl., 13. Bd. Mannheim 1990; S. 521 f.)

ursprünglich vorgesehenen bedingungslosen Kapitulation Deutschlands. Dieses Vorgehen verstieß eindeutig gegen die Haager Landkriegsordnung. *Lord William Strang,* der von britischer Seite in der Kommission zur Vorbereitung wichtiger Papiere mitarbeitete, berichtet in seinem Buch „Home and abroad" (London 1956, S. 209 f.), daß jene Papiere so abgefaßt sein sollten, daß den Alliierten Machtbefugnisse in Deutschland eingeräumt werden, „die weit über das hinausgehen, was ihnen unter Anwendung des Völkerrechts auf Grund der Stellung von Besatzungsmächten erlaubt wäre...". Die Hauptsache war, „eine deutsche Unterschrift zu erlangen"! Diese Methode zog sich mit verheerenden Folgen für das deutsche Volk durch die Jahrzehnte, so daß es zwar heute noch das Völkerrechtsubjekt „Deutsches Reich" gibt, das aber nicht mehr handlungsfähig ist, so daß die Westmächte als Siegermächte keinen legitimen Friedensvertragspartner mehr haben. Die Vorgänge bis zum „Zwei-plus-Vier"-Vertrag sind fragwürdige Ersatzhandlungen, die rechtlich anfechtbar sind und keine rechts- und friedenssichernden Maßnahmen für die Zukunft darstellen können. Es ist der Mühe wert, aus dieser Sackgasse einen Ausweg zu finden.

Politik hat normalerweise eine sich auf Macht, Recht und Gerechtigkeit gründende Ordnung menschlichen und staatlichen Zusammenlebens zum Ziel. Sie unterliegt ethischen Normen und hat die Aufgabe, die Beziehungen der Menschen, Völker und Staaten mit Herz und Verstand gerecht und vernünftig zu regeln und der Freiheit Lauf zu sichern. „Macht hat den Sinn", so *Thomas von Aquin*[(10)], „die Gerechtigkeit zu verwirklichen"! Und der politische Praktiker weiß, „daß die Kunst des Regierens mehr Charakter verlangt als Verstand"[(11)]! Und „zweifellos ist es für das Wohl der Nation wichtig, daß die Regierenden Tugenden und Talente besitzen. Aber vielleicht noch wichtiger ist, daß die Regierenden keine im Gegensatz zu den Regierten stehenden Interessen haben"![(12)] Diese Frage wird sich mancher Staatsbürger bei der heute undurchsichtigen politischen Gesamtlage vermehrt stellen und vielleicht an das in Kriegs- und Krisenzeiten stets bedeutungsvoll gebliebene Bibelwort (Sprüche *Salomons,* 14,39) „Gerechtigkeit erhöhet ein Volk"! denken, zumal es auf den bindenden Zusammenhang von Ethik und Politik hinweist. Dem Verfasser kommt bei diesen Überlegungen auch die Abschiedsbotschaft des ersten amerikanischen Präsidenten *George Washington* (am 17. September 1796 kundgetan) in den Sinn, in der er allen Bürgern ans Herz legt: „Wahret Ehrlichkeit und Gerechtigkeit gegenüber allen Nationen; haltet Frieden und Eintracht mit allen, Religion und Anstand gebieten dieses Verhalten; wie könnte es sein, daß eine gute Politik dies nicht ebenfalls gebietet? Es wird einer friedlichen, aufgeklärten und binnen kurzem großen Nation würdig sein, der Menschheit das hochherzige und ungewohnte Beispiel eines Volkes zu geben, das immer von einem höheren Rechtsempfinden und Wohlwollen geleitet ist.... Den Satz, daß Anständigkeit immer die beste Politik ist, halte ich für ebenso anwendbar auf öffentliche wie auch auf private Angelegenheiten"![(13)] Im Hinblick auf die Zukunft Deutschlands wünscht sich der Verfasser, man möge sich in Amerika auf diese Rede besinnen, im Hinblick auf Deutschland fühlt man sich an *Jonathan Swifts* mythischen *Gulliver* erinnert:

Stationen im „Zwei-plus-Vier"-Prozeß 1990

12.-14.02.: „Open-Skies"-Konferenz in Ottawa. Am Rande einer Konferenz der 23 NATO- und WVO-Staaten wird der „Zwei-plus-Vier"-Mechanismus (beide deutsche Staaten zusammen mit den Vier Mächten) als Rahmen festgesetzt, in dem die Aspekte der deutschen Vereinigung geregelt werden sollen.

14.03.: 1. „Zwei-plus-Vier"-Beamtentreffen in Bonn. Die Politischen Direktoren diskutieren Verfahrensfragen. **Die UdSSR fordert zum Abschluß der Verhandlungen einen Friedensvertrag, der von den übrigen Delegierten abgelehnt wird.**

30.04.: 2. „Zwei-plus-Vier"-Beamtentreffen in Berlin. Im Mittelpunkt stehen die Vorbereitungen zum 1. Außenministertreffen in Bonn. Über Verfahrensfragen besteht Konsens; die UdSSR und DDR sind nicht bereit, auf die Diskussion militärisch-politischer Fragen zu verzichten. Erstmals nimmt eine Delegation der frei gewählten DDR-Regierung teil.

05.05.: 1. „Zwei-plus-Vier"-Außenministerkonferenz in Bonn. Der Wille der Deutschen zur Einheit wird von allen Teilnehmern anerkannt: **Konsens besteht darüber, keinen Friedensvertrag zu schließen und Polen zum 3. Außenminister-Treffen einzubeziehen.**

22.05.: „3. Zwei-plus-Vier"-Beamtentreffen in Bonn. Im Mittelpunkt stehen die Struktur des abschließenden Dokuments, hier besonders der Inhalt der Präambel: Die westdeutsche Delegation berichtet über den Stand der trilateralen Gespräche mit der DDR und Polen zur Frage der polnischen Westgrenze.

09.06.: 4. „Zwei-plus-Vier"-Beamtentreffen in Berlin. Die Ausarbeitung der „fünf Prinzipien" zur Behandlung der Grenzfrage bestimmt die Diskussion.

20.06.: 5. „Zwei-plus-Vier"-Beamtentreffen in Bonn. Der Kompromißentwurf der „fünf Prinzipien zur Behandlung der Grenzfrage" wird überarbeitet.

22.06.: 2. „Zwei-plus-Vier"-Außenministerkonferenz in Berlin. Die UdSSR legt einen Gesamtentwurf für einen Friedensvertrag vor, der unter anderem eine Übergangszeit von fünf Jahren eine Doppelmitgliedschaft Deutschlands in NATO und WVO sowie eine Gesamtstärke der Bundeswehr von 250.000 Soldaten vorsieht. Schewardnadse erklärt, daß Deutschland bis zur KSZE-Gipfelkonferenz im November 1990 seine volle Souveränität erhalten solle.

03./04.07.: 6. „Zwei-plus-Vier"-Beamtentreffen in Berlin. Die Verknüpfung der endgültigen Ablösung der Vier-Mächte-Recht und -Verantwortlichkeiten mit dem Inkrafttreten eines deutsch-polnischen Grenzvertrages trifft auf heftige bundesdeutsche Kritik

17.07.: 3. „Zwei-plus-Vier"-Außenministerkonferenz in Paris. Die „fünf Prinzipien zur Grenzfrage" werden festgeschrieben. Allgemein herrscht Konsens über die Hauptaspekte der deutschen Vereinigung.

19.07.: 7. „Zwei-plus-Vier"-Beamtentreffen in Bonn. Hinsichtlich der „20-Punkte-Liste" besteht kaum noch Dissens.

04.-07.09.: 8. „Zwei-plus-Vier"-Beamtentreffen in Berlin. Die ausgearbeiteten Teile des abschließenden Dokuments werden diskutiert und mit den Inhalten des sowjetischen Gesamtentwurfs abgeglichen.

12.09.: 4. „Zwei-plus-Vier"-Außenministerkonferenz in Moskau. 46 Jahre nach dem „Londoner Protokoll" wird endgültig die Ablösung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten mit dem „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland" besiegelt.

Aus: Elke Bruck/Peter M. Wagner (Hrsg.). Wege zum „2+4"-Vertrag. Die äußeren Aspekte der deutschen Einheit. München 1996, Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland Band 6.
Markus Garn: Stationen im „Zwei-plus-Vier"-Prozeß: eine Chronologie (auszugsweise). S. 182-206.

„Die Welt kann das quälende Gefühl nicht loswerden, es handele sich bei uns um einen schlafenden Riesen, der sich für eine Weile aufs Ohr gelegt hat, um bei passender Gelegenheit wieder ächzend die Glieder zu strecken, sich verwundert die Augen zu reiben und sich in die Vertikale zu begeben. Unwillkürlich fühlt man sich an Jonathan Swifts mystischen Gulliver erinnert, der ebenfalls von einer ganzen Meute von Gartenzwergen zu Fall gebracht wurde. Nur töten konnten sie ihn nicht. Sie hatten sich mit ihrem Pyrrhussieg gebörig übernommen. Der gefesselte Riese absorbierte nämlich all ihre Kräfte und ließ sie bereits bei dem Gedanken erzittern, er könnte sich eines Tages wieder befreien. Dann wäre freilich der Spuk von Jahrzehnten mit einem Schlag erstorben, und unsre Bewacher würde eine atemlose Panik ergreifen. Ergo reißt man sich gewaltig am Riemen, um diesen Riesen noch ein wenig zu bändigen. Dementsprechend konzentriert die politische Klasse die ihr noch verbliebenen Kräfte darauf, das Erwachen des vor sich dahindämmernden Riesen durch Unterdrückung aller nationalen Impulse um jeden Preis zu verhindern." (In: Gustav Sichelschmidt. Deutschland verblödet. Wem nutzt der dumme Deutsche? Arndt-Verlag, Kiel 1995, S. 24).

Literaturhinweise

1. *Arnim, Hans Herbert von:* Staat ohne Diener. Was schert die Politiker das Wohl des Volkes? München 1993, S. 335; hier auch die nachf. Zitierungen.
2. *Rothstein, Siegmar:* Gab es eine Alternative? Zur Vorgeschichte der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. In: „aus Politik und Zeitgeschichte", Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B 20/69 v. 17. Mai 1969, 62 S., S.5.
   Feldkamp, Michael F. (Bearb.): Der Parlamentarische Rat 1948-1949. Akten und Protokolle. Bd. 8: Die Beziehungen des Parlamentarischen Rates zu den Militärregierungen. Boppard am Rhein 1995. LXMII + 296 S.
3. Die „Frankfurter Dokumente" haben einen längeren Vorlauf. Schon auf den Konferenzen von Casablanca (1943), Teheran (1943), Jalta (1945) und Potsdam (1945) begannen die Vorarbeiten über die Behandlung Deutschlands nach dem Sieg. Zuarbeiten und Vorlagen kamen auch von amerikanischen Universitäten (Univ. of Massachusetts, of Wisconsin und Harvard). Ein Verfassungsentwurf kam von dem in Harvard lehrenden amerikanischen Politikwissenschaftler deutscher Herkunft. *Prof. Carl Joachim Friedrich* (geb. 1901 in Leipzig, seit 1922 in USA, 1927-71 a.d. Harvard University, 1956-66 auch an Univ. Heidelberg, gest. 1984 in Lexington, USA), dessen Vorlage mit einigen Änderungen als GG verabschiedet werden sollte (vgl. *Waldstein, Thor v.:* Der lange Marsch von Casablanca nach Berlin. In. „Staatsbriefe" 4/1991, S. 3-9)
4. Vgl. *Weihnacht, Paul-Ludwig.* Zwanzig Jahre Grundgesetz-Probleme des Verfassungswandels. In: „aus politik und zeitgeschichte", Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 21/69 v. 24. Mai 1969, 14 S., S. 4f. Hierin die Passage: „Man rechnet das Grundgesetz den 'negativen Verfassungen' zu *(C.J. Friedrich),* weil es nicht aus einer positiven Begeisterung für eine schönere Zukunft, sondern aus dem negativen Abscheu vor einer schlimmen Vergangenheit entstand. Es war mehr Reaktion als politischer Schöpfungsakt - und hierin ein genuines Produkt der Nachkriegszeit ... Der Gedanke einer zwanzigjährigen Dauer hätte die Väter des Grundgesetzes eher erschreckt; sie wollten nur mehr eine 'Übergangszeit' überbrücken, die kurz zu halten ihr ausdrücklicher Wunsch und Wille war". Vergleiche Präambel GG a.F.! In einem FAZ-Leserbrief vom 21. August 1998, S. 10, schrieb *Dr. Franz Heubl* (München) als Zeit- und Erlebniszeuge: „Die Militärgouverneure wollten ein Referendum, die Ministerpräsidenten aber die Abstimmung in den Landtagen, um den provisorischen Charakter des Grundgesetzes zu unterstreichen. So sollte der Weg für das Zusammenführen des deutschen Volkes offengehalten werden". Vgl. auch *Lindemann, Helmut:* Das Antiquierte Grundgesetz. Plädoyer für eine zeitgemäße Verfassung. Hamburg 1966, 288 S.
5. *Garn, Markus:* Stationen im „Zwei-plus-Vier"-Prozeß. Eine Chronologie. In: Bruck, *Elke/Peter M. Wagner* (Hrsg.). Wege zum „2+4"-Vertrag. Die äußeren Aspekte der deutschen Einheit. München 1996, S. 182-206 Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland, Band 6. Hrsg. *Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld.*
6. *Schickel, Alfred:* Die folgenreichste Forderung der Alliierten. Vor 50 Jahren verlangten Roosevelt und Churchill die bedingungslose Kapitulation Deutschlands. In: „Alte Kameraden", Nr. 2. Februar 1993, S. 3. - Ders.: Bedingungslose Kapitulation: Roosevelts Version war nicht unumstritten. Wie der Präsident dem Papst seine ungewöhnliche Forderung erklären ließ. In: „Alte Kameraden", Nr. 1/2, Januar-Februar 1994, S. 9. (Stuttgart).
   Kieswetter, Carsten: Der 2+4-Vertrag staats- und völkerrechtlich betrachtet. In: „Staatsbriefe" 3/1991, S. 16-22. - Ders.: Der Zwei-plus-Vier-Vetrag neu sondiert. In: „Staatsbriefe" 12/1995, S. 24-33 (München).
   Münzing, Eckehard: Die Vereinigung von 1990 ohne Friedensvertrag - ein Bruch des Völkerrechts? Vor fünf Jahren wurde in Moskau der 2+4-Vertrag unterzeichnet. Er besiegelte die deutsche Einheit. In: „Das Parlament", Nr. 38, S. 12 v. 15. September 1995 (Bonn).
7. Die vorstehenden Rechtsdarstellungen erfolgten in Anlehnung an die Abhandlung von *Prof. Dr. jur. Hans Werner Bracht:* „Die Völkerrechtslage des vereinten Teil-Deutschlands nach dem 3. Oktober 1990. Sonderdruck i. Verlag Der Schlesier, Recklinghausen, März 1993.
8. *Seiffert, Wolfgang:* Die Verträge zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn unter dem Gesichtspunkt des Selbstbestimmungsrechts der Völker sowie des Fehlens gemeinsamer eindeutiger Willensbekundungen in den Vertragstexten. Köln 1994, S. 16 ff.
9. Vgl. *Schlee, Emil:* Wissen um Deutschland. Einführende Bemerkungen zu Grundlagen der Deutschlandpolitik. Asendorf 1985. 160 S.
10. *Thomas von Aquin:* Kommentar zum Epheserbrief 6/3. In: *Pieper, Josef:* Über die Gerechtigkeit. München 1953, S. 87.
11. *Lawrence, Thomas Edward:* Aus einem Brief an die Redaktion Times, v. 22.1.1920.
12. *Torqueville, Alexis de:* Demokratie in Amerika. Klassiker der Staatskunde. Bd. 5, Wien 1950, S. 17 f.
   In: „Leben, Freiheit und das Streben nach Glück". Dokumente der amerikanischen Politik. Herausgegeben vom Verlagshaus der Amerikanischen Hochkommission, Schillingstraße 19, München o.J., S. 44.

Mögen die Sturmvögel des
Niederganges uns auch
ſchreiend umkreiſen, wir
ſchulden es unſerer Würde
und Sehnſucht nach Schönheit
und Tiefe, daß wir das Ungeſtalte
und Abſtoßende abdrängen
und den Tempel freihalten für
das
Erhabene:
daß uns die ſtärkſten und
ſtolzeſten Zeugniſſe menſchlichen
Schöpfertums ſtändig wirkſam
gegenwärtig ſind, auf daß die
Ehrfurcht
die Mitte des Daſeins bleibe !

EMIL MAIER-DORN

Lust und Ethik vereint zur Selbstauslöschung

Die folgende Betrachtung über die Unmöglichkeit, die Natur zu überlisten, läßt sich auch mit der Frage verbinden: Ist eine „sanfte Ausrottung" der Menschen im Gange? Unserer Zeit mangelt es nicht an Paradoxa und Abwegigkeiten auf allen Bühnen. Anfang der sechziger Jahre äußerte sich ein Miterfinder der „Pille" für die Frauen so, daß mit dem neuen Medikament - der Antibabypille also - nun endlich auch das Problem der Abtreibungen gelöst sei. Was aber ist die Wahrheit und Wirklichkeit trotz Pille und „Aufklärung" in der heutigen Zeit? Ist in dieser Zeit doch schon ungeniert von einem „Abtreibungsrecht" die Rede, unter welchem allein in Deutschland jährlich (1996) mehr als 130.000 statistisch gezählte Menschenwesen (die Dunkelziffer ist weitaus höher) auf dem Weg in diese freiheitliche Welt „ab-vertrieben" und gemordet werden, aus Kassen kostentragend auch mit Gesundheitsreform.

Politiker und Juristen haben in der Mehrzahl offenkundig längst den Rückzug gegenüber dieser „freiheitlichen" Entwicklung angetreten. Ein breites Versagen ist jedenfalls unverkennbar. So stellt sich nicht zum ersten Male die Frage: Wo endet die seit langen Jahren für alles Menschen-Tun propagierte Liberalisierung, die auch dem zerstörerischen Drogengebrauch das Wort redet? Wer trägt die Lasten aus den Auswirkungen dieses liberalen Wahnwitzes? Unbewußt oder vielleicht sogar vollbewußt wird damit letztlich nur Chaos in die Menschengesellschaft getragen, begleitet von einer Auslöschung der ureigenen, allen Fremdprägungen fernen Identität im persönlichen wie im großen Ganzen.

Diese Identität, aus gewissensstarker Seelenkraft ein kostbares inneres Faktum, ist keineswegs zu verwechseln mit irgendeiner mentalen Uniformiertheit. In diese hinein flüchten sich aber viele identitätsgeschädigte Menschen heimat- und identitätssuchend; sie bilden das große Heer der Anhänger und Mitläufer, auch die große Masse der Wähler. Deren oft zu beobachtende Urteilsschwäche und Manipulierbarkeit der Meinungsbildung ist der Verlust ihrer inneren Identität vorausgegangen, mit der auch ihr ganz eigenes Ur-Teil, Träger ihres Urteilsvermögens, verloren ging. Heere von bloßen Anhängern haben wie ein Wahlvolk nie selber entscheidende geschichtliche Impulse gesetzt. Das breit anzutreffende Menschenbild der Anhänger, Konsumenten und Mitläufer mit beliebiger Parteilichkeit vermittelt den willkommenen „Rohstoff" für die herrschenden Parteidemokratien. Dieses Bild ist aber weit entfernt von „Gottes Urbild vom Menschen", das sich niemals als „plappernde Tote", als bloßes Reagens darstellt, mediengesteuert und hörig Wahlrednerworten und vagen Verheißungen. Dieser völlige Verlust der Wesenhaftigkeit bedeutet seit langem Selbstaufgabe.

Ein weiteres Symptom der Selbstaufgabe: Die den Deutschen zum „Riemen-engerschnallen" vorgemachten leeren Kassen sind aber niemals so leer, daß außer fast zwei Milliarden DM für Abtreibungen und zugehörige Dienste rund 5,5 Milliarden DM (1997) für Aufnahme und Unterhalt von Menschen aus fremden und fernen Ländern bereitgestellt werden, die nie in diese Kassen eingezahlt haben. Eine mehr als sonderbare, vorrangig den „blauäugigen" Deutschen verordnete Ethik, die das Tragen aller schlimmen Folgen weltweit durch politische Unfähigkeit bis zum verbrecherischen Machtübermut erwartet und dafür unter Anhäufung gigantischer öffentlicher Schulden eine zunehmende eigene Selbstauslöschung in Kauf nimmt, so auch durch die Liberalisierung der Abtreibungen. Die ganze Perversion und Kläglichkeit dieser verordneten Ethik offenbart sich in dem massenhaften Asylbetrug mit seiner nur notdürftig kaschierten Duldung durch Politiker ohne echtes Verantwortungsbewußtsein. Doch ist das wohl nur eine verdeckte Variante des noch immer und lange schon vorangetriebenen Weltsozialismus in der „One-World" mit dem Einheitsbrei einer rücksichtslos zusammengerührten Menschengesellschaft. Die Bösartigkeit dieser Entwicklung kann die knappe Formel ausdrücken: Abtreiben ja - Abschieben nein.

Dazu gibt es im Leben nichts an Menschenwollen für Lust und Gewinn, auf das nicht eine Rechnung bereitgehalten wird. Die „Pille", ein Produkt derselben Jahre, in denen sich die Menschen von der „Sex-Revolution" zu mehr Freiheit und Lust betören und anheizen ließen, war dem immer schlauen Menschenwitz entsprungen, die Natur zu überlisten. Der bekannt lange Atem dieser Natur beließ es zunächst viele Jahre dabei, daß sich die Menschen ihre Lust-Erwartungen nicht von einem Baby durchkreuzen ließen. Viele heutige Mütter sind Kinder von Frauen, die schon vor mehr als dreißig Jahren die Pille regelmäßig schluckten. Die hormonellen Wirkstoffe der Pille haben seitdem auf der ganzen Welt milliardenfach ihr ganz eigenes Signum hinterlassen. Nicht wenige Frauen sind von empfindlichen Gesundheitsstörungen, Gefahren und Mißlichkeiten beschwert. Mit was quittiert die Natur sonst noch den Versuch ihrer Überlistung?

Dr. Ruediger Dahlke, bekannter Buchautor und Arzt, führt in einer seiner Veröffentlichungen aus: „Mit den Hormonmengen, die sich im Augenblick in unsere Umwelt ergießen, schaffen wir ein ökologisches Problem, das sich bereits als sanfte Ausrottung einen Namen gemacht hat. In den letzten 40 Jahren hat sich die Zahl der männlichen Spermien in den Industrieländern auf die Hälfte reduziert, und in den USA sind bei steigender Tendenz bereits heute 40 Prozent der jungen Männer zeugungsunfähig." Dahlke spricht hier hormonhaltige Medikamente allgemein an, auch die zur Behandlung der Osteoporose. Gibt es zudem aber nicht noch eine erworbene Unfähigkeit zur Empfängnis bei Frauen, deren Mütter wie sie die Pille bereits lange Jahre zuvor nahmen? Haben damit Mütter nicht auch Söhnen direkt eine traurige Hypothek vermacht, wenn auch ungewollt in Unwissenheit über die Zusammenhänge?

Doch hat sich über Jahrzehnte tief in die Menschen und ihr Lebensmilieu das mentale Engramm eingesenkt: Lust ja - Lebenzeugen nein. Anti-Konzeptiva und Anti-Biotika - fast drängt sich eine Assoziation zwischen beiden auf, wirken doch auch Antibiotika gegen Leben, nicht nur gegen das von parasitären Mikroben, die ohnehin an Resistenz gewinnen. Die Herrschaft

beider Antis hat offenkundig ihren Höhepunkt erreicht, die Natur erteilt nun ihre Antwort eigener Art. Nachdem sie das Wünschen der Menschen zu folgenlosem Lust-Erleben auf ganzer Breite vernommen hat, lautet diese Antwort anscheinend: Euch wird Unfruchtbarkeit zuteil! Wird medizinische Abhilfe gegenüber dieser menschengeschaffenen Misere nun von denselben Krankenkassen bezahlt, die schon Abtreibungen bezahlen, paradox dazu aber auch eine „Gesundheitsreform" verfolgen?

Die Wissenschaft, die von den Menschen noch immer als letzte Autorität verstanden sein will, sie schuf die doppelgesichtigen Antibiotika wie die Antikonzeptiva und manche weiteren „Segnungen". Diese offenbarten sich schließlich als Fiasko, weil sie stets nur auf partielle Belange fixiert waren. Das oft dagegen geforderte „Umdenken" bringt aber nichts, solange sich nicht in Ebenen tiefer ein unmachbarer Bewußtseinswandel mit Wiederfinden der ureigenen Identität vollzieht. Mag sein, daß dabei der stets spekulierenden Ratio dieser Wissenschaft viel an Autorität verlustig geht. Doch hat diese Wissenschaft Kompetenz gegenüber den sich verdichtenden Problemen schon lange nicht mehr.

Über eine neueste Schöpfung dieser Wissenschaft, den kleinen blauen Lustgott namens Viagra, äußerte sich eine öffentlichkeitsbekannte Person so, daß nunmehr wohl dank Viagra „aus jedem Würstchen ein Tarzan" erwachsen kann. In dem schrillen Konzert der heutigen Verfallszeit ist das sicher eine Stimme mit besonders treffsicherer Intonierung. Wird Viagra außer Lust auch den Gebrauch und Umsatz aller Abtreibungsmittel und -Dienste steigern? Damit wären die Krankenkassen doch wieder vermehrt in die Pflicht genommen, zu zahlen, wenn schon für den Lustverschaffer Viagra nicht gezahlt werden soll. Hierzu weist die neue Abtreibungspille RU 486, eine weitere „Meisterschöpfung" der Wissenschaft, den Weg in eine absolut „freiheitliche" Zukunft mit der Möglichkeit, unerwünschtes neues Leben vielleicht einfach nur ins Klo plumpsen zu lassen. Läßt sich die Verkommenheit in dieser „freiheitlichen" Welt noch steigern, die sich selber als große demokratische Wertegemeinschaft sieht?

Hartmut Leander

Ecstasy – Eine harmlose Droge?

Zwei Wissenschaftler sorgten in den Niederlanden für Aufsehen mit ihrer Ecstasy-Studie, die sie nach fünfzehnjähriger Forschungsarbeit vorlegten. Fünfzehn Jahre lang wurde hier etwas minutiös und mit großem finanziellen Aufwand untersucht, was eigentlich längst bekannt war. Die beiden Forscher kommen zu dem Ergebnis: „Ecstasy-Konsum zerstört den Verbund von Gehirnzellen und dadurch treten Verzerrungen auf, die nicht mehr zu beheben sind. Mit steigender Dosierung der Droge werden auch die Schäden größer."

Daß es sich bei dem synthetischen Rauschgift Ecstasy um eine gehirnschädigende Droge handelt, hatte schon die Bielefelder Professorin, Frau Prof. Gertraud Teuchert-Noodt, vor zwei Jahren festgestellt, und in einem Gespräch mit dem Westfalen-Blatt auf die extreme Gefährlichkeit der Droge Ecstasy hingewiesen. Sie sagte bereits damals: **„Schon der einmalige Konsum kann zu irreparablen Schäden im Gehirn führen".**

Dennoch gilt Ecstasy als Mode- und Partydroge, die zur Zeit sich höchster Beliebtheit erfreut. Die Konsumenten fühlten sich nach dem Genuß von Ecstasy stärker, selbstbewußter und kontaktfreudiger. Sozialarbeiter und SPD und Grünen nahestehende Politiker haben immer wieder dafür plädiert, diese „harmlose Droge", die die Jugendlichen davon abhalten würde, das wesentlich schärfere Heroin zu nehmen, doch in sog. Fixerstuben den Jugendlichen erleichtert zugänglich zu machen. Angeblich würden dadurch weniger Beschaffungs-Straftaten ausgeübt.

Auch der Hamburger Suchtforscher Rainer Thomasius arbeitet zur Zeit an der, wie er selber angibt, „bisher größten Ecstasy-Studie in Europa", und hat schon jetzt darauf hingewiesen, daß es sich hierbei keineswegs um eine harmlose Droge handele.

Während man noch meinte, die Ergebnisse von Frau Prof. Teuchert-Noodt herunterspielen und ignorieren zu können, so wird man nun kaum noch umhinkönnen, nachdem drei weitere Wissenschaftler zu einem übereinstimmenden Ergebnis über die Gefährlichkeit dieser Droge gekommen sind. Es erhebt sich die Frage, ob immer neue Forschungsprojekte, rein um der Forschung willen, in Auftrag gegeben und finanziert werden, ohne daß sie eigentlich notwendig wären, nur weil man immer noch hofft, die von vielen Anhängern einer harmlosen Droge gewünschte Ungefährlichkeitserklärung zu erhalten. Im Westfalen-Blatt fragt der Kommentator Wolfgang Scheffer: „Warum wurden die auf einer fünfzehnjährigen Forschungsarbeit basierenden Erkenntnisse der Bielefelder Biologieprofessorin Gertraud Teuchert-Noodt über Ecstasy von keinem der Institutionen herangezogen? Ihre Ergebnisse hatte die Bielefelder Wissenschaftlerin 1996 sogar im Bundestag persönlich vorgestellt. Außerdem gab es eine Reihe von Veröffentlichungen. Da keimt der Verdacht, daß hier nur der Forschung wegen geforscht wird, und nicht wegen des längst bekannten Resultates. Oder sollte es gar nur ums Geldverdienen gehen?"

In jedem Fall ist überall Vorsicht geboten, wo heute auf kommunaler Ebene in SPD- und Grünen-regierten Parlamenten dafür geworben wird, Fixerstuben einzurichten, die die kriminelle Drogenbeschaffung unterbinden sollen. In jedem Fall wird hier die Gesundheit der Jugendlichen schwer geschädigt und wiederum das Grundrecht Art. 2 infrage gestellt, bzw. von den politisch Verantwortlichen nicht Ernst genug genommen.

Vertrau' dein Herz nicht Jedermann,
So du nicht willst in Schaden stahn,
Und halt dein Herz in stiller Hut,
Denn viel Vertrauen schaden thut.

Alttestamentlicher Ausrottungsfeldzug

Der ungesühnte Massenmord von Dresden

am 13. / 14. Februar 1945 – von Henry Mawai, Sydney

Am 13./14. Februar 1945 flogen die anglo-amerikanischen Luftstreitkräfte, obwohl der Krieg für die Alliierten militärisch bereits entschieden war, 3 Luftangriffe innerhalb von 15 Stunden auf Dresden und töteten 480.000 Menschen. Am 6. August 1945 wurde die japanische Stadt Hiroshima, obwohl Japan schon im Januar 45 für ein Friedensangebot bereit war, durch eine amerikanische Atombombe vernichtet. 120.000 Menschen fanden den Tod. Die Taktik und der Zeitpunkt dieser alliierten Luftangriffe auf die beiden kriegsunwichtigen Städte lassen erkennen, daß die damaligen verantworlichen Staatsmänner Roosevelt, Truman, Churchill, Stalin und ihre Berater vom satanischen Vernichtungswillen besessen waren. Die Kunst- und Lazarett-Stadt Dresden mit seinen 650.000 Einwohnern hatte keine Luftschutzbunker. Von Luftangriffen wurde die Stadt bewußt verschont, um die Menschen im Glauben zu lassen, daß die VerwundetenStadt nicht angegriffen werden würde.

Das alliierte Oberkommando stellte durch Luftaufklärung und Agentenmeldungen Anfang 1945 folgendes fest:

1. Dresden hat keine Flakabwehr.
2. Die deutschen Nachtjäger treten nicht in Aktion.
3. Alle Krankenhäuser, Standort- und Hilfslazarette sind überfüllt.
4. Die Zahl der Flüchtlinge hatte im Februar die 600.000 Grenze überschritten.

Darauf bauten die Alliierten ihren Plan. «Clarion» war der Deckname für die Angriffsvorbereitungen auf Dresden. Für diese Aktion wurden 9000 amerikanische und britische 4-motorige Bomber, 1-motorige Jäger und Jagdbomber bereitgestellt.

Das Vorspiel:

Wie schon in vielen Feldzügen, wurde durch Verrat die deutsche Ostfront 1943 zum Rückzug gezwungen und 1944 die Front zum Einsturz gebracht.

Im Januar 1945 standen die sowjetischen Panzermassen auf deutschem Boden.

3 Jahre lang versprach Ilja Ehrenburg, Stalins Leib- und Magenjournalist, offen und haßerfüllt, den Rotarmisten, Tataren, Kalmücken, Kaukasiern und Sibiriern als Kriegsbeute die deutsche Frau.

3 Jahre lang hämmerte man auf die Rote Armee ein: Die Deutschen sind alle Faschisten und Faschisten sind wilde Tiere.

3 Jahre lang hetzten die sowjetischen Radiostationen: Tötet die deutschen Okkupanten wo ihr sie trefft, tötet sie, tötet sie, tötet sie.

3 Jahre lang forderte die sowjetische Presse in fetten Schlagzeilen zum Massenmord auf; hämmerte immer wieder die eine Parole in die Gehirne primitiver Menschen: Schlagt sie tot, die deutschen Faschisten, laßt kein Kind am Leben. Und so geschah dann eines Tages das Furchtbare.

Frauen und Mädchen, ob Kind noch oder schon Großmutter wurden mißbraucht, geschändet, grauenhaft hingemordet, meilenlange Flüchtlingstrecks, die nicht schnell genug wegkamen, wurden von den russischen Panzerrudeln niedergewalzt.

Satanische Früchte des Hasses. Nicht Rachedurst, nicht Gier blindwütiger Soldateska tobte sich hier hemmungslos aus. Nein, das waren die Folgen eines von langer Hand vorbereiteten Planes.

Deutschland, als Kraftspender der weißen Rasse, sollte vernichtet werden. Und die Bevölkerung aus Ostpreußen, Westpreußen und Schlesien floh. Alle Straßen, die nach dem Westen führten, waren vollgestopft. Nur fort aus dem Bannkreis des Todes. Weinende Frauen, schreiende Kinder, verzweifelte Menschen, die ihren Grund und Boden, Hab und Gut im Stich lassen mußten, die alles aufgegeben hatten, was ihnen lieb und wert war. In überstürzter Eile zogen die gehetzten Menschen auf den Landstraßen dahin, in Bauern- und Planwagen, in Kutschen und Lastautos, mit alten und modernen Fahrzeugen. Nur weiter, immer weiter, weiter, weiter.

Dresden - Oase des Friedens

Dresden zählte zu den schönsten Städten Europas. Aus vielen Ländern der Erde kamen die Menschen aller Stände und bewunderten die Jahrhunderte alten Bauten und königlichen Schlösser.

Dresden, Oase in einer zerbombten Landschaft. Wie eine Glucke nahm diese Stadt die riesigen Flüchtlingsströme aus Schlesien und Westpreußen in sich auf. Hier fanden die gehetzten Menschen Ruhe, ärztliche Hilfe, geregelte Verpflegung und vor allem Schutz vor der Kälte des Winters.

Die Schwestern auf den Bahnhöfen hatten alle Hände voll zu tun. Mit langen Listen eilten sie auf die Bahnsteige, um immer wieder neue Züge mit Frauen und Kindern zu empfangen. Warme Getränke wurden den Menschen gereicht. Auf Koffern und Säcken saßen die Flüchtlinge. Auf dem kalten Steinboden lagen eng zusammengerollt Hunde und an ihr Fell geschmiegt, schliefen erschöpfte Kinder.

Sprunghaft stieg der Zustrom der Flüchtlinge: 20.000, 80.000, 200.000, 450.000, 600.000. Die Dresdner Bevölkerung, Menschen mit Kultur und Moral, rückte eng zusammen. Schulen, Hotels, Geschäftshäuser, Lokale, Dachkammern und Wohnungen wurden zu Massenquartieren. Dresden hatte keine Kriegsindustrie, keinen Schutzbunker und keinen Flak- und Jägerschutz, nur 1.250.000 unschuldige Menschen aller Altersklassen.

Früchte des Widerständler-Verrates

Erster Nachtangriff: 13. Februar 1945, 21.30 Uhr. 30 Minuten lang regnete es Feuer und Stahl vom Himmel. 30 Minuten lang leerten sich die Schächte der Bomber: 460.000 Stabbrandbomben und Phosphorkanister, 3000 Luftminen und Sprengbomben. Die Sirenen gaben keinen Voralarm, sondern gleich Vollalarm. So gut funktionierte Deutschlands große Luftsabotage, deren Leiter im Reichsluftfahrtsministerium saßen und der Widerstandsgruppe gegen Hitler angehörten.

Tausende von Bombern hingen in einer endlosen Bomberstraße am nächtlichen Himmel. Keine Nachtjäger, keine Flaksperren sprengten den nächtlichen Paradeflug, der im Namen Christi kämpfenden anglo-amerikanischen Flieger. Auch die in Dresden-Klotzsche stationierten Nachtjäger vom NJG 5 (Nachtjagdgeschwader 5) erhielten keinen Startbefehl, obwohl die Maschinen vollgetankt waren.

Der Segen der alliierten «Soldaten Christi»

Und während die Sirenen wie wilde Tiere immer noch rasten, funkelte silbrig der erste - zweite - dritte «Christbaum» über der Stadt. Dann folgten die bunten Zielmarkierungen. Geisterhaft schwebten sie der Elbe zu und tauchten die Altstadt in ein gleißendes Licht. Die Mütter holten ihre weinenden Kinder aus den Betten, eilten in die Keller und während die ersten Brandbomben ihr Feuer verbreiteten, rannten die dienstfreien Ärzte und Schwestern auf ihre Plätze. Die Schwerverwundeten wurden in die Aufzüge gebracht und in die Kellerräume gefahren.

Die Straßen und Plätze waren von Schutzsuchenden verstopft. Dazwischen standen Autos, Pferdegespanne und Straßenbahnzüge. Bei den Bombenexplosionen bäumten sich die Pferde auf und rasten in ihrer Todesangst in die Menschenmassen. Eine furchtbare Panik erfaßte die Bevölkerung. Brandbomben und Phosphorkanister zerplatzten zwischen den Menschen. Als lebendige Fackeln rannten Männer, Frauen und Kinder dahin und wälzten sich am Boden. Der Schrei dieser Unglücklichen mischte sich in das Höllenkonzert der Tiere im brennenden Zoo. Das Blut floß in Strömen aus den Tiergehegen, Elefanten- und Affenhäusern. Autos explodierten, brennende Hunde wurden tollwütig, fielen Frauen und Kinder an und zerfleischten sie. Luftminen drückten die Häuserwände ein. Gas- und Wasserrohre zerplatzten. Der Phosphor lief an den Mauerwänden herab und fraß den Sauerstoff, sodaß die Menschen in den Kellern erstickten. Die mit Menschen vollgefüllten Keller wurden zu Massengräbern. Die Mütter deckten mit ihren Leibern die Kinder zu, um sie vor der sengenden Hitze zu schützen. Ihre gellenden Schmerzensschreie vermochten aber das junge Leben nicht zu retten. Viele hatten sich durch einen Pistolenschuß von den Qualen befreit. Phosphorkanister und Benzinbrandbomben zerplatzten auf den Dächern der Lazarette. Sofort stand alles in Flammen. Der Tod kam oft so schnell, daß die Schwerverwundeten nicht einmal einen Schrei ausstoßen konnten. Kriegsblinde liefen mit nackten Füßen in den Phosphor und gingen in Flammen auf. Qualvoll verbrannten die Verwundeten, Ärzte und Schwestern. Amputierte schleppten sich mit Hilfe von Schwestern, Kriegsblinden und Leichtverwundeten aus den brennenden Krankensälen ins Freie. Man fand sie später zerfetzt und verbrannt in den Anlagen.

Heroischer Einsatz der Reichsbahnbeamten

«Christbäume» am Himmel bedeuteten «Angriff». Die großen Bahnhöfe, Dresden-Neustadt, Dresden-Wettiner-Straße und Hauptbahnhof waren voller Züge. Die Telefone klingelten, neue Züge wurden gemeldet. Flüchtlings- und Kinderzüge mit dem Ziel Dresden. Unmenschliches leisteten die deutschen Bahnbeamten in den Stellwerken und Bahnhöfen. Und sie schafffen es. Alle Züge erhielten freie Fahrt und wurden 20 Meilen hinter Dresden auf freier Strecke abgestellt. Zug um Zug rollte durch die Bahnhofshallen.

Fieberhaft arbeiteten die Heizer. Schaufel um Schaufel flog die Kohle in die Feuerschlünde der Dampfloks. Angespannt beobachteten die Lokführer den Dampfdruck, denn davon hing das Leben vieler Tausender ab. Das Streckennetz wurde beim 1. Angriff nur wenig beschädigt. Alle dienstfreien Beamten eilten zu ihrer Dienststelle. Nach dem 1. Angriff dachte jeder, daß die Gefahr vorüber sei. Deshalb wurden alle auf der Strecke abgestellten Züge in die Bahnhöfe zurückgeleitet.

Kein Christbaum, keine Sirene gab Kunde von dem bevorstehenden zweiten Angriff. Ein Regen großkalibriger Sprengbomben und Luftminen deckte die Bahnhöfe ein. In treuer Pflichterfüllung verbluteten die Beamten in den Stellwerken und Bahnhöfen. Die Lokführer versuchten, die Züge wieder aus den Bahnhöfen zu bringen. Die unter den Waggons schutzsuchenden Menschen wurden zermalmt. Die Kessel der Loks zerplatzten durch Volltreffer. Die mit Frauen und Kindern überfüllten Eisenbahnzüge und Wartesäle wurden durch Volltreffer vernichtet. Jede Bombe tötete Hunderte von Menschen. Wer noch am Leben blieb, den erschlugen die Eisenträger der zusammenstürzenden Bahnhofshallen. Allein auf dem Hauptbahnhof wurden 7500 Kinder und Begleitpersonal getötet. Eine furchtbare Tragödie ereignete sich in den Kellerräumen unter den Wartesälen. Viele suchten dort Schutz, wurden von den Nachdrängenden totgetreten. Dieses Nachdrängen und Zertreten wiederholte sich, bis die Leichen an die Decke reichten.

Heldenhafte Feuerwehr

Zu den Lieblingen der Dresdner Bevölkerung gehörten neben den Kunstbauten die weiße Elbflotte, die Straßenbahn und die Feuerlöschzüge. Die Hechtwagen waren in den 20er und 30er Jahren mit ihrer zentral gesteuerten Türöffnung die modernsten Straßenbahnzüge der Welt.

Bei einem Großangriff alliierter Bomber im Dezember 1943 auf Leipzig rasten die Dresdner Feuerlöschzüge im 50-Meilentempo nach der 70 Meilen entfernten Stadt zur Hilfeleistung. Sie trafen eher dort ein als die Löschzüge aus der 20 Meilen entfernten Stadt Wurzen. Die Mannschaften waren alles ausgesuchte Männer, verantwortungsbewußt und immer einsatzbereit, Spezialisten in der Brandbekämpfung.

Als die ersten Brände aufloderten, gab die Dresdener Hauptfeuerwache Großalarm. Löschzug auf Löschzug verließ die im Raum Dresden verteilten Depots und fuhr in die bedrohten Stadtgebiete. Mit großer Schnelligkeit wurden die Schlauchrollen ausgerollt, Verteilerköpfe montiert und prall füllten sich die Schläuche mit Wasser. So standen die Männer in treuer Pflichterfüllung. Bomben zerrissen die Mannschaften und Schläuche und färbten das Wasser rot. Andere Löschzüge blieben in dem brennenden Asphalt stecken und während die Motoren noch liefen, fraßen die Flammen die Mannschaften auf. Einer kam durch. Er wankte im Asbestanzug durch die brennenden Straßenzüge zum Depot. Dort brach er zusammen.

Vorbildliche Retter

Nach dem ersten Angriff brannten Tausende von Häusern. Die Stadt war auf 5 Meilen Länge und 3 Meilen Breite ein einziges Flammenmeer. Während die von den Flammen eingeschlossenen Menschen um Hilfe schrien, gaben die Sirenen im Umkreis von 20 Meilen Katastrophenalarm. Soldaten, Bergungstrupps, Luftschutzpolizei und Sanitätskraftwagen fuhren in die brennende Stadt. Motorisierte Einheiten der Wehrmacht rollten heran. Ihr Auftrag lautete: Rettet alle Verwundeten und Kranken aus den Lazaretten und Krankenhäusern. Alle Rettungsmannschaften wurden vom zweiten Angriff überrascht. Sie verbrannten jämmerlich bis auf wenige. Ausgeglüht waren die Sanitätskraftwagen. Ausgeglüht lagen die Mannschaftswagen mit ihren verkohlten Besatzungen auf den Straßen, oft nur eine halbe Meile von ihrem Ziel entfernt.

Von allen Seiten strömten die Überlebenden in die Parkanlagen und auf die Elbwiesen. Blutende Menschen, oft halb nackt, Frauen und Kinder von Brandwunden bedeckt, Kinder, deren Angehörige tot waren, irrten mit grauenhaftem Gesichtsausdruck umher. Schwangere Frauen schwankten den Elbwiesen zu, brachen zusammen und gebaren.

Die gleich nach einem Luftangriff einsetzende Rettungs- und Versorgungsaktion war in Deutschland vorbildlich. Das wußten auch die Alliierten Stäbe. Darum wurde drei Stunden später der zweite Angriff und zehn Stunden später der dritte Angriff befohlen.

Ohne Warnung - Tod den Rettern

Zweiter Nachtangriff: 14. Februar 1945, 00.30 Uhr
35 Minuten lang leerten sich die Schächte der Bomber: 280.000 Brandbomben und Phosphorkanister, 11.000 Sprengbomben und Luftminen.

Der zweite Angriff war noch furchtbarer. Das Warnsystem im Stadtgebiet war zerstört und während die Rettungsaktion anlief, donnerten die Wellen der viermotorigen Bomber wieder über Dresden hinweg. Der Große Garten, Bahnhöfe und Elbwiesen wurden von den Bomben umgepflügt. Phosphor und großkalibrige Sprengbomben verwandelten die noch nicht brennenden Flächen in ein Schlachtfeld.

Als der neue Tag anbrach, standen die Rauchwolken 15.000 Fuß über Dresden. Die Überlebenden sammelten sich am Elbufer oder suchten Zuflucht in den Vororten und Randgebieten. Elbschiffe wurden zur Evakuierung eingesetzt.

Gestorbene Stadt

Dritter Angriff: 14. Februar 1945, 11.15 Uhr
30 Minuten lang bombardierten 1200 amerikanische viermotorige Bomber die Vororte von Dresden mit Brand- und Sprengbomben.

30 Minuten lang belegten 180 amerikanische Bomber Elbufer, Straßen und umliegende Ortschaften mit Bordwaffenbeschuß und Raketenbomben. Ihre Geschosse fanden reiche Ernte. Tausende erlitten einen qualvollen Tod. Viele wurden wahnsinnig, sie schleppten große Steine davon und irrten singend umher.

Zerstört wurden die wunderbaren alten Bürgerhäuser, die Sammlungen und Kunstschätze, die zauberhafte Architektur auf der Brühlschen Terrasse, der Marstall und Stallhof, das Schloß, das Grüne Gewölbe, der mächtige Renaissancebau des Zwingers, die Hofkirche, die Frauenkirche, die Oper. Und niemals mehr wird das berühmte Meißner Glockenspiel seine lieblichen Mozartserenaden spielen. Ausgelöscht wurde, was einst ein Permoser, Pöppelmann, Rietschel und Schilling geschaffen hatten.

Bei den Aufräumungsarbeiten, die sich bis ans Kriegsende hinzogen, wurde man der Toten nicht mehr Herr. Roste aus Stahlschienen wurden auf dem Alt-Markt aufgebaut, die Leichen übereinandergeschichtet und verbrannt. Da lagen sie alle friedlich vereint: Männer in Arbeitskleidung, Soldaten, junge und alte Frauen, Buben mit kurzen Hosen, Mädchen mit langen Zöpfen, Luftschutzhelfer, Rote-Kreuz-Schwestern, Säuglinge. Vorsichtig wurden die Kinder von rauhen Fäusten der Bergungstrupps hochgehoben und zu den Erwachsenen gelegt. So brannten die Scheiterhaufen Tag und Nacht.

Der Dokumentarfilm, der im Auftrag der Reichsregierung gedreht wurde, fiel in alliierte Hände. Die im Film festgehaltenen Leichenberge wurden herausgeschnitten und in dem KZ-Film «Todesmühlen» eingesetzt.

Die Toten klagen an

Jahrzehntelang wurden die Zahlen der deutschen Luftkriegstoten, insgesamt 1,8 Millionen, von der Weltpresse wie auch von der deutschen West- und Ostpresse bewußt niedrig gehalten oder verschwiegen. Einmal, um die verantwortlichen Regierungen nicht zu verärgern, zum anderen, um die Menschen von den

Tatsachen abzulenken, damit die wahren Kriegsurheber unerkannt am Weltchaos weiterarbeiten konnten und noch können.

480.000 amtlich erfaßte Tote

Das war das Ergebnis der drei anglo-amerikanischen Luftangriffe innerhalb von 15 Stunden auf Deutschlands größte Flüchtlings- und Verwundetenstadt - Dresden. Unter diesen 480.000 Toten befanden sich

37.000 Tote: Kleinkinder und Säuglinge

46.000 Tote: Schulpflichtige Kinder

55.000 Tote: Kriegsverletzte, Kranke, Ärzte, Schwestern, Rote-Kreuz-Helferinnen und Pflegepersonal

12.000 Tote: Rettungsmannschaften der Feuerwehr, Wehrmacht, Sanitäter, Luftschutzhelfer und Luftschutzpolizei

330.000 Tote: Männer, Frauen und Jugendliche.

Der große schlesische Dichter Gerhart Hauptmann sprach nach dieser furchtbaren Katastrophe die Worte:

«Wer das Weinen verlernt hat, der lernt es wieder beim Untergang Dresden's».

Auf einem Gedenkstein für die Luftkriegsopfer auf dem Heidefriedhof in Dresden stehen die Worte:

Wieviele starben:
Wer kennt die Zahl?
An Deinen Wunden
sieht man die Qual
der Namenlosen
die hier verbrannt
im Höllenfeuer
aus Menschenhand.

„Eidgenoss" 1-3/86
Adresse von Redaktion und Verlag:
Verlag „Eidgenoss", CH-8401 Winterthur

Bomben - Irak - Bomben

Im Herbst 1990 vergab die Bush-Regierung an die große US-Werbeagentur Hill & Knowlton den Auftrag,

- herauszufinden, welche Verbrechen das amerikanische Volk am meisten verabscheute und aufbrachte und
- mit den so gewonnenen Erkenntnissen einen gigantischen Propagandafeldzug zu inszenieren, um die Amerikaner auf einen Krieg gegen den Irak einzustimmen.

Hill & Knowlton löste die Aufgabe zur vollen Zufriedenheit der US-Regierung: am meisten verabscheuten die Amerikaner - als ob nicht andere Völker auch - die Ermordung von Säuglingen und Kindern. Daraus strickte nun H & K folgendes, allerdings sehr erfolgreiches Greuelmärchen:

Eine weinende „Teenagerin" bezeugte, im besetzten Kuweit gesehen zu haben, wie irakische Soldaten 15 Kleinkinder aus den Brutkästen rissen, um sie dann auf dem Boden des Krankenhauses sterben zu lassen. Ein anderer Zeuge - ein Arzt - sagte in diesem Zusammenhang, er habe 14 dieser Kinderleichen begraben.

Später brach dieses ganze Lügengebäude zusammen: besagter Teenager war die Tochter des kuweitischen Botschafters in den USA; für ihren „Zeugenbericht" war sie eigens von H&K geschult worden, da ihre ganze Geschichte frei erfunden war. Und, welch passender Zufall: Bush's früherer Stabschef Craig Fuller war zu dieser Zeit Chef von H&K! Auch der Arzt gab später zu, niemals Kinder begraben zu haben; im übrigen sei er kein Arzt, sondern Zahnarzt! Ergo: eine perfekte, zum Krieg treibende Inszenierung.

Diese Aufstachelung zum Völkerhaß erinnert an die Greuelpropaganda-Tiraden aus der Zeit des 1. und 2. Weltkrieges gegen alles Deutsche und insbesondere deutsches Soldatentum. Sattsam bekannt ist immer noch das Märchen von den durch deutsche Soldaten abgehackten Kinderhänden in Belgien. Jüngster Ausfluß solchen sorgfältig kultivierten Hasses ist die - sogar amtlich geschützte - sog. Wanderausstellung über angebliche Kriegsverbrechen der ehemaligen Deutschen Wehrmacht. Übrigens: den US-Steuerzahler hat die Propagandakampagne seiner Regierung gegen den Irak etwa 11 Mio. Dollar gekostet!

Für Präsident Bush war damit das Ziel erreicht: Saddam Hussein war damit zum globalen Schurken stigmatisiert und samt seinem Volk und Soldaten dämonisiert. Am 17. Januar 1990 brach die US-Feuerwalze gegen den Irak - Operation Wüstensturm - los; der Rest ist Geschichte.

Nun haben die USA im Dezember 1998 wieder den Irak gebombt, die anglo-amerikanischen Anführer der „Westlichen Wertegemeinschaft" und Heilsverkünder für eine US-beherrschte Eine-Welt. Nach 7 Jahren pausenloser Haßpropaganda gegen das nicht US-hörige Land an Euphrat und Tigris brauchte auch der höchst ehrenwerte Präsident Bill Clinton keine Marketing-Agentur mehr für einen 2. Kreuzzug gegen den Irak bemühen. Auch diesmal war der Irak samt Zivil-bevölkerung wieder Erprobungsterrain für Waffen, Munition und sonstiges Kriegsgerät sowie neue Vernichtungstaktiken. Und, wie durchsickerte, wurde auch diesmal wieder radioaktiver Abfall in Bomben, Raketen und anderen Projektilen eingesetzt. Dabei handelt es sich um sog. abgereichertes Uran in metallischer Form. Es stammt aus der Produktion von Brennstoffen für Atomkraftwerke und von hoch angereichertem Uran für Atomwaffen. Dieses Abfall-Uran besteht zu mehr als 99% aus dem radioaktiven Isotop U238 mit einer Haltwertszeit von ca. 4,7 Mrd. Jahren. 1 Gramm dieses Materials hat eine Gesamt-Radioaktivität von ca. 15.500 Bequerel, d.h. in einer Sekunde zerfallen 15.500 Atome unter Abgabe von α-Strahlung, unaufhaltsam, pausenlos, bis zum Ende aller Zeiten - aus Menschenperspektive gesehen. Bei der Detonation der Sprengkörper werden die uranhaltigen Geschoßmäntel in eine Unzahl von Splittern und Partikel zerlegt, die in den Boden und Körper von Menschen eindringen. Die Folgen radioaktiver Strahlung sind seit Hiroshima/Nagasaki hinreichend bekannt, auch wenn es sich beim U238 „nur" um schwach radioaktives Material handelt.

Ob - als letzte Perversion der US-Waffentechnik - auch feinverteiltes Abfall-Uran anstelle von Aluminium den Sprengstoffen zugesetzt wurde, ist noch nicht bekannt. Endgültigen Aufschluß darüber kann nur die chemische und radioanalytische Untersuchung von Blindgängern erbringen. Würde dies

nachgewiesen, hätten die USA die Welt um eine neue Variante barbarischer Kriegführung „bereichert": das in den heißen Detonationsgasen verbrennende Uran verbreitet sich nämlich dann in oxydierter Form als Rauch, Staub oder Nebel weitflächig über Land und Menschen und verseucht das Trinkwasser.

Bonner Politiker beklatschten natürlich auch wieder diesen Krieg des waffenstarrenden US-Bruders oder äußerten zumindest „Verständnis", wie die auf absolute Linientreue eingespurten Meinungsfabriken in schöner Eintracht vermeldeten. Legte man hier auch nur annähernd die Maßstäbe des berüchtigten Nürnberger IMT an die Verantwortlichen für die Kampfhandlungen gegen den Irak an, hätten diese längst ihr Dasein wegen Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit sowie Entfesselung von Angriffskriegen und Völkermord verwirkt; ihr Leben würde dann freischwebend über dem Boden des Hinrichtungsraumes enden. Dies gälte natürlich auch für jene, die diese Verbrechen begünstigt oder aktiv unterstützt haben.

Im übrigen sollten sich Politiker - deutsche wie andere europäische auch - im Begeisterungstaumel über die neuen Militärschläge des US-Weltbeglückers nicht auf Dauer freuen; leicht könnte das Frohlocken einer Versteinerung auf den Gesichtern weichen, falls die Warnungen von Ramsey Clark grausame Wirklichkeit werden sollten. R. Clark war unter John F. Kennedy Vize-Justisminister und bis 1968 Justizminister unter Präsident Lyndon B. Johnson. R. Clark ist daher zweifellos ein profunder Kenner amerikanischer Verhältnisse, der Denkweise der US-Machtelite und ihrer globalen Langzeitstrategien. In einem heute praktisch vergessenen Interview von März 1991 mit der französischen Monatszeitschrift „L'autre Journal" sagte R. Clark:

„Ich warne die Europäer, daß die Vereinigten Staaten im Rahmen der Neuen Weltordnung keine Skrupel haben würden, auch in Europa militärisch zu intervenieren. Unsere Armee wird überall eingreifen, wo unsere Interessen gefährdet sind, und zwar mit allen Mitteln, einschließlich Atomwaffen. Im allgemeinen werden die USA danach streben, die meisten Länder im Zustand der Armut zu belassen, mit korrupten aber gehorsamen Regimen. Ich gehe sogar soweit zu behaupten, daß die Vereinigten Staaten ohne zu zögern auch in Westeuropa intervenieren würden, wenn dies gegenwärtig auch manchen Leuten als absurde Idee vorkommen mag. Die USA würden eine europäische nukleare oder wirtschaftliche Großmacht nicht lange dulden."

Gefragt, ob nach Grenada, Panama und dem Irak weitere militärische Interventionen zu erwarten seien, sagte R. Clark:

„Unsere ausländischen Kriegszüge sind so alt wie unsere Geschichte. Wir haben eine Tradition der Gewalt, die von unseren verschiedenen Präsidenten mit mehr oder weniger großem Geschick gehandhabt wurde."

Schonungsloser konnte das Gespinst von Lügen, Legenden und Heucheleien um das wahre Gesicht des Parade-Demokraten Uncle Sam sicher nicht zerrissen werden! Und das durch einen prominenten US-Bürger, sicherlich eines pauschalen Antiamerikanismus völlig unverdächtig! In diesem Zusammenhang fügt es sich wie ein Mosaikstein in die amerikanische Politik ein, daß der (noch) omnipotente B. Clinton den Wehretat um 296 Mrd. Dollar ab Oktober 1999 erhöht; später sollen noch einmal 110 Mrd. Dollar draufgesattelt werden. Was dann noch bei weiteren US-Kreuzzügen gegen die Nichtdemokraten oder unbotmäßigen Völker fehlen sollte, werden die US-Vasallen - diese Republik voran - nachschießen, im wahrsten Sinne des Wortes.

Indes, auch die Träume von Washington dürften sich nicht erfüllen. Dafür wird in erster Linie die aufkommende Militär- und Wirtschaftsmacht China sorgen. Die Chinesen sind ein altes Handelsvolk, sie werden die riesigen Wirtschaftsräume im asiatischen Raum nicht kampflos dem US-Haifischkapitalismus überlassen. Hinter China liegen 5000 Jahre Kultur, hinter den transatlantischen „global players" jedoch 400 Jahre Barbarei und entfesselter Imperialismus. Rußlands konventionelle Streitkräfte liegen zwar darnieder, doch setzt das Riesenland jetzt verstärkt auf den Ausbau see- und landgestützter Nuklearwaffen; die jüngste Entwicklung von Interkontinentalraketen kündet unübersehbar davon.

Falls die westlichen Hintergrundmächtigen einen „3. Durchgang" zur Erringung der Weltherrschaft erzwingen sollten - sei es via Balkan, Irak oder anderswo - könnte der Gluthauch bewaffneter Auseinandersetzungen auch „god's own country" erfassen und Städte wie Washington im nuklearen Feuer verglühen lassen.

Dr. Kurt Dannhäuser

Hiroshima-Pilot mit Preis ausgezeichnet

LAS VEGAS (AP). Ein US-Söldnermagazin hat den Piloten, der zum Ende des Zweiten Weltkriegs über Hiroshima eine Atombombe abwarf, mit einem humanitären Preis ausgezeichnet. Der Herausgeber von „Soldier of Fortune", Robert Brown, sagte am Donnerstag in Las Vegas bei der Preisverleihung, vielen möge die Auszeichnung zwar unangebracht erscheinen. Doch für jeden mit einem Verständnis für die Zusammenhänge des Zweiten Weltkriegs sei die Wahl nachvollziehbar.

Der 83jährige Pilot Paul Tibbets sagte, er habe nach seinem Einsatz nicht für eine Sekunde Gewissensbisse gehabt. „Ich habe nie etwas anderes gedacht, als daß ich gemacht habe, was gemacht werden mußte", sagte Tibbets, nachdem er die Plakette des US-Magazins entgegengenommen hatte. „Ich habe nie auch nur eine schlaflose Nacht verbracht." Tibbets war Pilot des Kampfflugzeugs „Enola Gay", das am 6. August 1945 die erste Atombombe überhaupt auf die japanische Stadt warf. Dabei wurden 140.000 Menschen getötet. Drei Tage später warfen die USA eine weitere Atombombe auf Nagasaki, die 70.000 Tote forderte. Am 15. August erklärte Japan seine bedingungslose Kapitulation.

Stuttgarter Zeitung, 26. September 1998

Gärtnern nach Mondphasen

ZUM BUCH: Der Mond und die Gestirne üben einen erheblichen Einfluß nicht nur auf unser Leben aus, sondern es besteht auch eine enge Beziehung zwischen Pflanzenwachstum und Bewegungen und Rhythmen von Mond und Planeten. Dies läßt sich bei der Saat, Pflanzung und Ernte im eigenen Garten nutzen. Das Buch entstand aus fast 30jähriger Arbeit und Erfahrungen des Autors in der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise. Sämtliche Arbeiten an den Pflanzen wurden von ihm dokumentiert und in Beziehung zu den kosmischen Form- und Bildekräften gesetzt, um so die Ursachen für Erfolge und Mißerfolge zu belegen. Das Buch ist als Aussaatkalender aufgebaut, ergänzt durch monatliche, praktische Tips vom Gärtnermeister. Mit diesem Buch ist es jedem Pflanzenanbauer ohne besondere Schulung möglich, nach Naturrhythmen zu arbeiten, d.h. nach Mondphasen zu säen und zu ernten.

Viele Fragen werden beantwortet:
Wie reagieren die Pflanzen auf Mondrhythmen? Was sind Wurzeltage, Blattage, Blüten- oder Fruchttage? Wann sind die richtigen Aussaat-, Pflanz-, Schnitt- oder Erntetage? Wie verwendet man das Kalendarium richtig?

Monatliche Tips vom Gärtnermeister:
Wie man Schorf an Obst vermeidet. Was tun bei Problemkulturen wie Petersilie oder Erdbeeren? Kräuterjauchen richtig ansetzen. Mit Mulchen und Gründüngung die natürliche Bodenfruchtbarkeit fördern und vieles mehr.

DER AUTOR
Norbert Kaschel betrieb ca. 30 Jahre einen gärtnerischen Endverkaufsbetrieb, Baumschule und Obstbau, in biologisch-dynamischer Wirtschaftsweise und war Vorstandsmitglied des Arbeitskreises für Biologisch-Dynamischen Landbau der Landwirtschaftskammer Rheinland. Seine Erfahrungen vermittelt er in Kursen der VHS und des BUND.

**Gärtnern nach Mondphasen, 1. Aufl. 1998, 127 Seiten, 38 Farbfotos, 4 Zeichnungen, DM 16,80 / ÖS 123,–
ISBN 3-8001-68928
Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart**

Erziehungsgeld für Mütter?

Immer wieder ist in den letzten Jahren der Vorschlag ergangen, die Erziehungszeit, die Mütter für ihre Kinder aufwenden müssen, auch finanziell in Anschlag zu bringen, d.h. ein Erziehungsgeld auszusetzen.

Hierzu sagt die neue Bundesfamilienministerin Christine Bergmann (SPD), sie sei gegen die Einführung eines Familien- oder Erziehungsgeldes. Natürlich sei das Anliegen richtig, Erziehungsarbeit aufzuwerten. Und nun wörtliches Zitat unserer neuen Bundesfamilienministerin: „Aber ein Erziehungsgehalt kann dazu dienen, Frauen vom Erwerbsleben fernzuhalten, schließlich bekommen sie etwas dafür, daß sie zu Hause bleiben. Ich möchte, daß die Frauen ihr Recht auf Erwerbsarbeit umsetzen können"!!!

Ein Ministerium, das von einer solchen Ministerin betreten wird, sollte eher Emanzipationsministerium heißen. Wesen, Aufgabe und Bedeutung der Familie sind dieser Ministerin offenbar vollständig unbekannt.

Für die Überweisung des Beitrages für 1999 finden Sie in dieser Ausgabe einen Überweisungsträger. Den Freunden, die bereits überwiesen haben, sagen wir hiermit herzlichen Dank!
Die Bundesgeschäftsstelle des WSL-D.

Bezug der „Stimme des Gewissens"
Lebensschutzinformationen - LSI

Wer sich regelmäßig über Lebensschutzfragen unterrichten möchte, erhält bei Rücksendung dieses ausgefüllten Abschnittes und einer Mindestspende von DM 40,– als Dank unsere „Lebensschutz-Informationen (LSI) - Stimme des Gewissens" für ein Jahr zugesandt.

Ich ______________________________
(Name)

____
(Anschrift)

habe DM ______________ überwiesen und bitte um Zusendung der LSI.

____
(Datum) (Unterschrift)

Bitte rücksenden an die WSL-Bundesgeschäftsstelle, Bretthorststraße 204, 32602 Vlotho.

Kopieren Sie bitte, Ihnen wichtig erscheinende Beiträge. Geben Sie sie weiter an Freunde und Interessenten! Quellenangabe erwünscht!

Werben auch Sie neue Leser für die STIMME DES GEWISSENS – LEBENSSCHUTZ-INFORMATIONEN



Abdruck mit Quellennachweis erwünscht.

Herausgeber, Verleger: WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS, Bundesverband Deutschland e V und Collegium Humanum Bretthorststraße 204, 32602 Vlotho, Telefon 05733 / 73 30.
Bankverbindung: Volksbank Bad Oeynhausen Kto -Nr 7815556300 (BLZ 490 612 98) · Postscheckkonto Hannover Nr 2949-307.
Schriftleitung: Ernst-Otto Cohrs, Postfach 1165, 27341 Rotenburg/Wümme, Tel + Fax: 04261/31 06
Anzeigen: Frieda Klinksiek-Jonigkeit, Bretthorststraße 204, 32602 Vlotho, Telefon 05733/7330
Bezugsgebühr: jährlich 40,– DM. Erscheint 6 x jährlich (alle 2 Monate)
Druck: DEPPE-DRUCK GmbH, Buch- + Offsetdruck, Lange Str. 94, 32602 Vlotho, Telefon 05733/5010, Fax 2079
„Jeder Autor zeichnet für seinen Beitrag selbst verantwortlich. Dieser braucht nicht in jedem Fall die Ansicht der Redaktion zu sein."